

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

12

VI. Jahrgang

Karlsruhe, 1. Dezember 1966

Einzelpreis 0,75 DM

25 21 395 E

Die Gewerkschalten begegnen der neuen Regierung mit Mißtrauen. Obgleich sich unter den neuen Ministern sechs Gewerkschaftsmitglieder befinden, kann es keinen Zweifel daran geben, daß die unter dem Beifall der Arbeitgeberverbände und der Springer-Presse gebildete Koalition von SPD und CDU/CSU keinen anderen Zweck hat, als der Sozialdemokratischen Partei die Verantwortung für die Konsequenzen aufzubürden, die sich aus dem Bankrott der Adenauer-Erhard-Politik ergeben, nämlich höhere Steuern und gekürzte Sozialausgaben.

Es ist gewiß nicht zufällig, daß unmittelbar nach Bildung der neuen Regierung die Scharlinacher aus der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine „erhebliche Zurückhaltung bei Lohnerhöhungen“ forderten und scharfe lohnpolitische Auseinandersetzungen ankündigten. Sie sprechen von Leitlinien für die Lohnpolitik, die sich an einem von den Unternehmen bestimmten Produktivitätsfortschritt von 3 Prozent orientieren sollen.

Neue Koalition stößt auf Mißtrauen

desregierung auf die von anderen westlichen Staaten längst betriebene Politik der Entspannung einschwenkt und die Beziehungen, insbesondere zu allen östlichen Staaten, normalisieren würde.“ Das erklärt Otto Brenner in einem Leitartikel der Gewerkschaftszeitung „Metall“. Und man muß hinzusetzen, daß dazu auch eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten gehört.

Die IG Metall hat sich als erste Gewerkschaft im DGB besorgt über die Entwicklung in Bonn geäußert. In fünf Forderungen legt sie ihre Gedanken zur Neuorientierung der deutschen Politik vor und verlangt einen sofortigen Stopp und einen allmäßlichen Abbau der Rüstungslasten, eine entschiedene Entspannungs-politik sowie eine unverzügliche Ablösung der Restriktionen der Bundesbank und den Verzicht auf politische Preissteigerungen. Sie widersetzt sich jedem Versuch, der Tarifautonomie durch staatliche Lohnmehrlehnungen Fesseln anzulegen, und verlangt demgegenüber die Sicherung und den Ausbau der wirtschaftlichen Milbestimmung. Und endlich fordert sie den Verzicht auf eine Notstandsgesetzgebung, wie sie im Programm der Großen Koalition vorgesehen ist. Die mit der Bildung der Notstandskoalition in Bonn eingeleitete Politik und der endgültige Verzicht auf eine parlamentarische Opposition verpflichten die Gewerkschalten zu einer stärkeren politischen Aktivität. Nur die Gewerkschalten sind in der Bundesrepublik noch in der Lage, den sozialen Standard der Arbeitnehmer vor dem weiteren Abbau zu retten und den Versuch, die Demokratie in der Bundesrepublik auszutrocknen, zu verhindern.

■ „Arzt am Krankenbett der CDU/CSU“	2
Über was man reden sollte	3
Notstandfrage keine Zerreißprobe	4
■ Was ist mit der Wirtschaft?	6
Rüstung ruiniert Wirtschaft	8
Selbstverstümmelung des Bergbaus	10
Chemie-Industrie zahlungsfähig	12
■ Vertrauenskörper jetzt noch wichtiger	14
Bildungsurlaub auf der Tagesordnung	15
Probleme der Gesellschaft Fragen an Heinz Kluncker	19
■ NPD richtig und wirksam bekämpfen	20

Der Skeptiker

Es ist erreicht — Schorsch Leber befindet sich unter den neuen Ministern der Koalition Kiesinger-Brandt.

Er ist Verkehrsminister geworden, und das ist schwer zu verstehen: Als Vorsitzender der Bauarbeiter-Gewerkschaft wäre Leber doch für das Wohnungsbauministerium geradezu prädestiniert gewesen, zumal er ja auch einige Monate als Maurer gearbeitet hat.

Da muß doch der Verdacht aufkommen, daß Leber sein Ministeramt weniger speziellen Fähigkeiten verdankt als vielmehr der Dankbarkeit Wehners: Hat er sich doch wie kein anderer bemüht — wenn auch mit wenig Erfolg —, den DGB auf Wehner-Kurs zu bringen.

Nicht ohne Erleichterung würden sich jetzt die Kollegen der IG Bau-Steine-Erdern einen neuen Vorsitzenden wählen, wenn Leber nicht ein weitblickender Mann wäre: Er will sich nur für zwei Jahre von seinem Amt als Vorsitzender beurlauben lassen. okolus

„Arzt am Krankenbett der CDU/CSU“

Herbert Wehner steuert die SPD in ihre schwerste Krise Widerstand gegen Große Koalition und für neue Politik

Gegen den Willen der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder hat die Bundestagsfraktion der SPD nach langer und heftiger Diskussion dem Vorschlag des Parteivorstandes zugestimmt und den Eintritt in die Große Koalition gebilligt. Der Bundestag hat dann gegen 109 Stimmen und 23 Enthaltungen Kurt Georg Kiesinger, Mitglied der NSDAP bis zum bitteren Ende, zum Bundeskanzler gewählt. Inzwischen ist auch die neue Regierung gebildet, in der die CDU/CSU neben dem Bundeskanzler zehn Ministerseßel besetzt hat gegenüber neun, die der SPD zugestanden wurden.

Noch einige Tage, bevor diese Notstandscoalition zustande kam, hatte Wehner im Bundestag von der abgetretenen Erhard-Regierung eine Bankrotterklärung gefordert, aber das war nur ein Scheingegefecht. Anstatt die CDU/CSU zu zwingen, ihr politisches Versagen einzugeben, hat sich die Parteiführung der SPD wider alle Vernunft dazu hergegeben, jener Partei eine Überlebenschance zu sichern, deren verhängnisvolle Politik die Bundesrepublik in ihre schwerste finanzielle und politische Krise geführt hat.

**Anstatt die bisherigen Regierungs-
parteien aufzufordern, dem Volk
die ganze Wahrheit über die von
ihnen verursachte finanzielle Kata-
strophe zu sagen, gibt sich die
Parteiführung der SPD dazu her, um,
wie es auf einem Plakat der gegen
die Große Koalition demonstrieren-
den Studenten zu lesen war, „Arzt
am Krankenbett der CDU/CSU“
zu spielen.**

Man kann darüber verschiedener Auffassung sein, ob die Ablösung der politischen Bankrotteure über eine Koalition zwischen SPD und FDP eine Lösung der Krise bedeutet und eine neue Politik ermöglicht hätte. Immerhin ist auch die FDP als langjähriger Partner der CDU/CSU mit einem gerüttelten Maß Schuld an der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Krise in der Bundesrepublik beteiligt. Und wer eine Lösung im parlamentarischen Raum allein sucht, braucht eine tragfähige Mehrheit als bestensfalls sechs Stimmen. Das Argument, Adenauer habe ja auch nur mit einer Stimme Mehrheit regiert, ist ein Irrtum — er wurde zwar mit einer, und zwar mit seiner eigenen Stimme, zum Bundeskanzler gewählt, regieren konnte er aber mit der sicheren Mehrheit einer Koalitionsregierung.

Die SPD hätte es jedoch in der Hand gehabt, das zu nutzen, was von Wehner selbst als die „sauberste Lösung“ bezeichnet wurde, nämlich die Auflösung des Bundestages und Ausschrei-

bung von Neuwahlen. Eine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Krise in der Bundesrepublik wäre nämlich gegen die Stimmen einer Sozialdemokratischen Partei mit politischem Rückgrat nicht möglich gewesen, und für ihre Forderung auf Neuwahlen konnte sie mit der außerparlamentarischen Unterstützung der Gewerkschaften rechnen. Nun hat die SPD ihre große Stunde verpaßt. Und genau zu dem Zeitpunkt, an dem die CDU/CSU hätte abtreten müssen, wurde sie durch die Große Koalition gerettet.

Nach dem Willen ihrer Verfechter soll die neue Koalition ein Bündnis auf Zeit sein. Es gehört keine Prophetie dazu, vorauszusagen, wie lange dieses Bündnis dauern wird: so lange nämlich, bis die von den Konzernherren und Bundeswehrgeneralen geforderte Notstandsverfassung mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit über die politische Bühne und durch das sogenannte Stabilisierungsgesetz die finanzielle und wirtschaftliche Macht in den Händen des Staates konzentriert und damit unter den Einfluß der Banken- und Industriemonopole gebracht worden ist.

Die neue Regierung wird, das hat der Bundeskanzler Kiesinger ebenso wie der Fraktionsvorsitzende der CDU, Barzel, ganz offen erklärt, „die alte erfolgreiche Politik der CDU/CSU fortsetzen“. Und dafür sorgt nicht zuletzt auch der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß als neuer Finanzminister. In die Zwangsjacke der Notstandscoalition gefesselt, kann die SPD die CDU/CSU nicht zwingen, die Deutschland- und Außenpolitik zu ändern und einen neuen Anfang zu machen. Daran wird auch der neue Außenminister, Willy Brandt, nichts ändern, denn die Grundlagen der Politik bestimmt bekanntlich der Bundeskanzler, und das ist ausgerechnet jener Mann, der Adenauer die Weichen für eine Außen- und Deutschlandpolitik stellte, halb, vor deren Zusammenbruch die Bundesrepublik heute steht: Kurt Georg Kiesinger.

Der Eintritt in die Große Koalition hat zu einer Protestwelle der SPD-Mitglieder geführt wie kein Ereignis nach 1945. Mit Recht lehnen sich die Mitglieder dagegen auf, daß sich die Partei zum Blutspender für die CDU/CSU hergibt. Sie fordern einen Außerordentlichen Parteitag, weil sie die Meinung sind, daß man eine derartig schwerwiegende Entscheidung, wie sie die Zustimmung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zur Notstandscoalition mit der CDU/CSU darstellt, nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg treffen kann. Sie wenden sich gegen die perfide Art des Parteivorstandes, den Gegnern der Großen Koalition zu unterstellen, sie ließen sich von Emotionen leiten, während die Befürworter nach ihrem Verstand entschieden hätten. Die Zukunft wird jedoch erst zeigen, wer den klareren Verstand behalten hat. Eines ist sicher, daß der Parteivorstand der SPD die Rechnung ohne die Mitglieder und, das wird sich bei der nächsten Wahl zeigen, ohne die Wähler gemacht hat.

Die Proteste aus den Bezirken der SPD gegen die Entscheidung für die Große Koalition machen deutlich, daß der Parteivorstand in Widerspruch geraten ist zur Mehrheit der Parteimitglieder. Aus diesem Widerspruch der Mitglieder und der Wähler der SPD, der Gewerkschaften und der Notlands- und Aufrüstungsgegner muß jetzt die Kraft wachsen, die allein noch in der Lage ist, die Bundesrepublik vor den Konsequenzen des politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bankrotts der CDU/CSU-Politik zu retten.

Stabile wirtschaftliche und politische Verhältnisse erfordern nicht nur einen neuen Kanzler, sie erfordern vielmehr ein neues politisches Konzept. Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu einer neuen Politik zu zwingen, sie zu zwingen, sich aus der gefährlichen Umarmung der CDU/CSU wieder zu befreien, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteimitglieder und Funktionäre, eine Aufgabe, die man allerdings nur dann lösen kann, wenn man nicht in berechtigter Empörung das Parteibuch in die Ecke wirft, sondern dabei bleibt und von den Rechten Gebrauch macht, die die demokratische Verfassung und die Salzung der Partei ihren Mitgliedern garantieren.

Die Gewerkschaften aber werden sich auf harte Auseinandersetzungen einrichten müssen, bei denen es nicht nur um mehr Lohn, sondern um die Erhaltung demokratischer Freiheiten und um das Recht uneingeschränkter Interessenvertretung der Lohn- und Gehaltsempfänger geht. H. Seeger

Über was man reden sollte...

Es dürfen keine Themen ausgeklammert werden Ein Funktionär des FDGB nimmt Stellung

Unsere im Oktober-Heft der NACHRICHTEN abgedruckte Untersuchung über den augenblicklichen Stand der Gesprächsbereitschaft zwischen DGB-Gewerkschaften und FDGB sowie über Möglichkeiten einer Wiederannäherung („Kontakt zwischen DGB und FDGB“) hat offenbar beim Bundesvorstand des FDGB eine zustimmende Resonanz gefunden. In einem nichtoffiziellen Schreiben an die Redaktion teilte uns das Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes Adolf Deter seine Meinung zu den von uns aufgeworfenen Fragen mit.

Adolf Deter setzt in seinem Brief einen neuen Akzent, der bereits über die Betonung von Notwendigkeit und Formen solcher Kontakte hinaus in die Details, den Inhalt der Kontakte, führt. Ohne Zweifel ist das die entscheidende Frage, die es im Verlauf der weiteren Diskussion um das gesamtdeutsche Gewerkschaftsgespräch zu klären gilt.

Man wird sich darüber klar sein müssen, daß ergebnisreiche Gespräche von keinerlei Tabus belastet werden sollten. Es sind nicht nur die Dinge unterhalb der Schwelle der Politik, welche die Arbeiter und Angestellten in beiden deutschen Staaten berühren. Mehr noch sind es gerade die Fragen im politischen Bereich, die einer Lösung im Sinne der Arbeiterschaft, also der

Volksmehrheit, auf der Basis vorhandener und richtiger gewerkschaftlicher Beschlüsse nähergebracht werden müssen. Die Herausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes der deutschen Gewerkschaftsbünde zu wesentlichen innen- und außenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen, so langwierig das auch sein mag, obgleich es bemerkenswerte Übereinstimmungen gibt, ist unbedingt anzustreben und stärkt die gesellschaftliche und politische Position der deutschen Arbeiterschaft unermeßlich.

Als einen Beitrag zu dieser Diskussion, die wohl noch eine Zeit lang geführt werden muß, geben wir nachstehend den Brief Adolf Deters zur Kenntnis.

G. S.

„Viele gemeinsame Auffassungen“

Mit Aufmerksamkeit und Interesse habe ich in Nr. 10 der „Nachrichten“ den Artikel „Kontakt zwischen DGB und FDGB?“ von Gerd Siebert gelesen. Ich bin seit mehr als 50 Jahren Mitglied der Gewerkschaften und halte es für den größten Erfolg der Arbeiterbewegung, daß nach dem zweiten Weltkrieg der Zersplitterung der Gewerkschaften durch den Aufbau einheitlicher und kampfstarker Gewerkschaften ein Ende gesetzt wurde. Zu bedauern ist aber, daß trotz vieler Bemühungen bisher eine Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften des DGB und FDGB noch nicht zustande kam.

Um so erfreulicher ist es, daß im DGB, wie das die Verbandslage der letzten Zeit beweisen, die Erkenntnis wächst, daß es im Interesse beider Gewerkschaftsbünde liegen, ihre Kampfkraft stärken und ihre Anziehungskraft auf die noch abseits Stehenden vergrößern würde, wenn es zur Verständigung und Zusammenarbeit käme. Leider wird dies nicht so rasch möglich sein, wie es die gegenwärtige gespannte wirtschaftliche und politische Lage erfordert. Noch bestehen viele Vorurteile und falsche Vorstellungen, die zuerst ausgeräumt werden müssen. Die am Schluß des Artikels aufgeführten zehn Empfehlungen sind sicherlich einer gründlichen und sorg-

fälligen Prüfung auf ihre Verwendbarkeit wert.

Es sollte dabei gesagt werden, was der Inhalt der Beratungen, was das Ziel aller Bemühungen sein soll. Das ist aber der Kern aller gewerkschaftlichen Schritte zur Verständigung. Tatsache ist, daß es viele gemeinsame Auffassungen gibt. Beide Gewerkschaftsbünde haben die gleiche Zielsetzung. Es ist die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Das ist eine Aufgabe, die dem DGB und dem FDGB gemeinsam ist, wenn auch durch die unterschiedlichen Gesellschaftsformen ihre Verwirklichung verschiedenartig ist. Dennoch könnte ein Austausch der Erfahrungen, das Studium der Verhältnisse, der Mittel und Methoden zur Verwirklichung dieser Aufgabe schon viel zur Klärung strittiger Fragen beitragen. Es muß doch nicht so sein, daß sich DGB und FDGB feindlich gegenüberstehen. Im Gegenteil, sie haben einen gemeinsamen Feind, und dies erfordert ein gemeinsames Handeln, wenn Erfolge errungen werden sollen.

Über allem steht aber das gemeinsame Interesse, wie es Kollege Geßler sagte, eine neue Katastrophe für Deutschland zu verhindern. Das erfordert in beiden deutschen Staaten, alles zu tun, damit die Arbeiter und

Angestellten in Ruhe ihrer friedlichen Arbeit nachgehen und mit ihren Familien in Frieden leben können. Dabei ist der grausame und schändliche Krieg der USA gegen Vietnam gegenwärtig ein sehr wichtiger Prüfstein. Für die Beendigung dieses schmutzigen Krieges einzutreten, die Solidarität mit dem um seine Freiheit kämpfenden Volk in Vietnam zu organisieren, hilft uns gleichzeitig zu verhindern, daß die Fackel des Krieges auch auf Deutschland übergreift. Hier könnten gemeinsame Handlungen, selbst wenn sie vorerst jeder in seinem Bereich, aber nach einheitlich zu vereinbarenden Richtlinien, führt, sehr bald Vorurteile überwinden helfen und zur Annäherung und Verständigung beider Gewerkschaftsbünde beitragen.

Zum anderen steht in beiden deutschen Staaten die Rationalisierung auf der Tagesordnung und davon nicht zu trennen die erweiterte Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Das ist ein weites Feld, das die Möglichkeit bietet, unsere Erfahrungen auszutauschen, voneinander zu lernen und die Ergebnisse nutzbringend im Interesse der Arbeiter und Angestellten und der Sicherung des Arbeitsplatzes zu verwerken.

Natürlich gibt es weitere sehr dringliche Probleme, wo ein gemeinsamer Standpunkt, gemeinsames Handeln der Gewerkschaften erforderlich ist. Dazu gehört die Einflußnahme der Gewerkschaften darauf, daß es zu offiziellen Verhandlungen, zur Herstellung normaler Beziehungen beider deutscher Staaten kommt, daß die revisionistische Forderung auf Revision der bestehenden Grenzen aufgegeben, daß keine Kernwaffen auf deutschem Boden gelagert werden und endlich mit der Abrüstung begonnen wird, daß die Notstandsgesetze verhindert und Gesetze, die dem Völkerrecht entgegenstehen, aufgehoben werden.

Alle diese Forderungen entsprechen ja dem Willen der Gewerkschaftsmitglieder, die in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse des DGB und des FDGB enthalten sind.

Diese Punkte, und vielleicht haben die DGB-Kollegen noch andere, scheinen mir für die Klärung und Zielsetzung vorerst von Bedeutung. Aber wichtig ist, sich zuerst über die gewerkschaftspolitischen Fragen Klarheit zu verschaffen, weil es dann leichter ist, die technische Verwirklichung zu regeln.

Wenn alle Bestrebungen von dem ehrlichen Willen der Verständigung, der gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung und Toleranz getragen sind, werden sie zum Erfolg führen.

Auf alle Fälle sollen die guten Gedanken und Anregungen zu einer breiten Diskussion führen, und dies möglichst rasch, weil die Zeit drängt und es die gegenwärtige politisch gespannte Lage dringend erfordert.

A. Deter

Notstandsfrage keine „Zerreißprobe“

Hinterhältiger Angriff auf Notstandsgegner im DGB Sollen Gewerkschaften politisch neutralisiert werden?

Ärger und Empörung hat in den Gewerkschaften ein Artikel hervorgerufen, der von dem Pressereferenten beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bruno Krammer, unter dem Titel „Die gewerkschaftliche Einheit in der Zerreißprobe“ verfaßt worden ist. Für die Absicht des Artikelschreibers scheint die Tatsache bezeichnend, daß die Veröffentlichung in dem Springer-Organ „Die Welt“ vorgenommen wurde, einer Zeitung, die sich durch ihre gewerkschaftsfeindliche Tendenz auszeichnet.

Der Verfasser versucht, zweifellos angeheizt von einer bestimmten Gruppe, die konsequente Notstandsgegner in den Gewerkschaften, die sich offiziell an dem Kongreß „Notstand der Demokratie“ beteiligt hatten, als eine „auf Führungsbegehren ausgerichtete, extrem politisch aktive Minderheit“ zu denunzieren und ihnen zu unterstellen, daß sie den DGB als Einheitsbewegung zum Spielball antideokratischer Kräfte machen wollen. Dieser „Alleingang“ einzelner Gewerkschaften, wie es im Artikel heißt, und die mangelnde Rücksichtnahme auf gemeinsame Interessen müßten die Verantwortlichen — damit ist wohl der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB gemeint — zwingen, die innergewerkschaftliche Situation genau zu überprüfen und „den Worten Taten folgen zu lassen“. Ist diese Redewendung auch dunkel, so verzichtete der in Gewerkschaftskreisen weithin unbekannte Verfasser in weiser Voraussicht darauf, die „Taten“, die den Worten (welchen Worten?) folgen sollen, beim Namen zu nennen.

Jedoch läßt die Tendenz des Artikels keinen Zweifel, was gemeint ist, nämlich eine Aktion des Bundesvorstandes gegen jene sechs Gewerkschaften, die zusammen mit Studenten und Wissenschaftlern in Frankfurt die Bürger der Bundesrepublik zum Widerstand gegen die drohenden Notstandsgesetze aufriefen.

Daß die bürgerliche Presse in der Bundesrepublik diesen Artikel mit Wohlbehagen aufgenommen und interpretiert hat, ist nur zu verständlich. „Notstandsfrage droht den DGB zu spalten“ und „Krise im DGB“, das waren die Schlußfolgerungen, die gezogen wurden. Demgegenüber hat der DGB-Bundesvorstand sich sofort von dem Artikel seines Mitarbeiters distanziert und mit „besonderer Schärfe“ alle Mutmaßungen darüber zurückgewiesen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund wegen der unterschiedlichen Einstellung der Einzelgewerkschaften zur Notstandsfrage vor einer Zerreißprobe stehe und in Gefahr sei, zum Spielball antideokratischer Kräfte zu werden. Auch die Pressebehauptungen über die im Bundesvorstand stattgefundenen

Diskussionen über die Zustimmung oder Ablehnung der Notstandsgesetze durch die Gewerkschaften wurden von Ludwig Rosenberg mit der Feststellung zurückgewiesen, daß derartige Diskussionen allein schon deswegen unmöglich waren, weil die Gewerkschaften an den Beschuß des Berliner Bundeskongresses gebunden seien, der die Notstandsgesetzgebung erneut abgelehnt habe. Diesen Beschuß könne weder der Bundesvorstand noch der Bundesausschuß aufheben oder verändern.

Der Beschuß des 7. DGB-Kongresses zur Notstandsfrage ist eindeutig. Es heißt in dem Antrag Nr. 16: „Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche, die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht ... Der 7. Bundeskongreß des DGB bekräftigt die Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Grundrechte und die Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen. Er erinnert die Abgeordneten des Bundestages an ihre demokratische Verantwortung und fordert sie auf, im Bunde mit den Gewerkschaften, den Vertretern der Wissenschaft und anderen demokratischen Kräften allen weiteren Versuchen entgegenzutreten, Grundrechte im Wege der Notstands- und Notdienstgesetzgebung einzuschränken.“

Die am Frankfurter Notstandskongreß offiziell beteiligten Gewerkschaften haben nach diesem Beschuß gehandelt, und es kann ihnen nicht der Vorwurf gemacht werden, sie führten den DGB und die Gewerkschaften in eine Zerreißprobe. Der Antinotstandsbeschuß des 7. DGB-Kongresses steht in Übereinstimmung mit der Aktion „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt. Der Vorwurf des „Alleinganges“ ist an die falsche Adresse gerichtet. Er trifft vielmehr jene, die der Meinung sind, man könne den Beschuß des DGB-Kongresses zur Notstandsgesetzgebung dahingehend auslegen, er lasse die Möglichkeit offen, sich an den Beratungen über Notstandsgesetze zu beteiligen und mit den politischen

Vertretern der Notstandsgesetzgebung zu diskutieren.

Die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit den Notlandsbefürwortern ist aber keine Frage der besseren oder schlechteren Formulierung von Notstandsgesetzen. Es ist eine Illusion, zu glauben, es gäbe so etwas wie eine „demokratische“ Notstandsgesetzgebung. Will man die Demokratie erhalten, muß man Notstandsgesetze verhindern; etwas anderes gibt es nicht. Und das haben auch die Delegierten in Berlin mit ihrer Zustimmung zum Antrag 16 gemeint. Es ist nicht möglich, etwa auf Umwegen den von der Mehrheit der Delegierten abgelehnten Antrag Lebers und seiner Freunde durch die Hintertür wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Zweifellos fehlt dem Standpunkt des DGB-Bundesvorstandes zu den Kongreßbeschlüssen die notwendige Klarheit. Eine positive Erklärung zum Frankfurter Notstandskongreß z. B. hätte allen Spekulationen über die Haltung des DGB zur Notstandsfrage ein Ende bereitet.

Es muß bei den Mitgliedern Unmut erregen, wenn die Spitzengremien des DGB Gewerkschaftsbeschlüsse, die nicht in die Konzeption der Gemeinsamkeitspolitik der SPD mit der CDU/CSU passen, nicht mit der gleichen Entschlossenheit behandeln wie etwa Gesetzesinitiativen zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und zur Ausweitung der Mitbestimmung. Das betrifft auch das passive Verhalten gegenüber den Aktionen zur Verurteilung des Krieges in Vietnam, um ein weiteres Beispiel zu nennen.

Das gleiche gilt hinsichtlich der Zurückhaltung des geschäftsführenden Vorstandes gegenüber den jede Solidarität mit anderen Gewerkschaften vermissenden Extratouren Lebers in der Notstandsfrage, zur Vermögensbildung, zur Sozialpartnerschaft, zur Mitbestimmung, zur Position der Gewerkschaften zum Staat usw. Ebenso ist auch die Tatsache unverständlich, daß an dem im Januar stattfindenden Forum des DGB über die Notstandsgesetze auf die Mitwirkung der am Frankfurter Kongreß in hervorragender Weise beteiligten Wissenschaftler vom Bundesvorstand verzichtet wird, obwohl die Antinotstandsentschließung ausdrücklich von einer Beteiligung der Wissenschaftler spricht.

Der Artikel des DGB-Pressereferenten erinnert an Ereignisse aus dem Jahre 1953, als der DGB nach seiner Erklärung zur damaligen Bundestagswahl („Wählt einen besseren Bundestag!“) unter dem heftigen Beschuß der CDU/CSU stand und die bürgerliche Presse sich nicht genugtun konnte, um vor der „politischen Radikalisierung“ der Gewerkschaften zu warnen. Damals wie auch heute wurde die politische Unruhe von außen in die Gewerkschaften getragen, und zwar von jenen

Liebe NACHRICHTEN-Leser!

Mit der Dezember-Ausgabe schließen wir den 6. Jahrgang der NACHRICHTEN ab; die nächste Nummer erscheint im 7. Das Erfreuliche für den Herausgeber und für die Mitarbeiter ist dabei, daß die Zahl der Abonnenten, zwar nicht überstürzt, aber doch stetig von Jahr zu Jahr angestiegen ist. Das ist eine stichhaltige Bestätigung für die zunehmende Beliebtheit der NACHRICHTEN als eine wertvolle Quelle interessanter Meldungen und Kommentare für den Gewerkschafter und als gute politische Orientierungshilfe für den Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär. Daß diese erfreuliche Entwicklung auch im kommenden Jahr anhalten möge, ist unser Wunsch.

Unseren Lesern und Freunden wünschen wir angenehme Feiertage und für 1967 Glück, Gesundheit und Frieden.

Heinz Seeger
Gerd Siebert

KEINE PASSIERSCHEINE?

Wenn in Berlin nicht die Vernunft über die politische Engstirnigkeit siegt, wird es in diesem Jahr zu Weihnachten keine Passierscheine geben. Ein Kompromiß zwischen dem Westberliner Senatsvertreter Körber und dem DDR-Staatssekretär Kohl ist nach Presseäußerungen von beiden Seiten kaum noch zu erwarten. Die DDR verlangt mit Entschiedenheit, als gleichberechtigter vertragsschließender Partner anerkannt zu werden, während der Berliner Senat, auf Anweisung der Bundesregierung, auf die nachgerade

lächerlich gewordene salvatorische Klausel, die den überheblichen Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung sowie die Anerkennung West-Berlins als Teil der Bundesrepublik, wenigstens dem Schein nach, aufrechterhalten soll, nicht verzichten will.

Die DDR erklärt nicht zu Unrecht, daß es unzumutbar sei, Zehntausende von Passierscheinen von einer Behörde, die es nach Ansicht des Berliner Senats gar nicht gibt, in Empfang zu nehmen. Der Westberliner Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz, hat die Haltung der DDR-Regierung als „Erpressung“ bezeichnet, wobei er sich offensichtlich über die doppelte Moral seiner Auffassung nicht im klaren ist: Ist die westliche Forderung an die DDR: Passierscheine nur, wenn ihr euch selbst verleugnet, etwa keine Erpressung?

Diese gleiche politische Bewußtseins-spaltung kommt übrigens auch in den Beteuerungen zum Ausdruck, West-Berlin wünsche Passierscheine aus „menschlichen“ Gründen. Man unterstellt dabei, daß der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung menschlich, aber der Wunsch der DDR-Regierung nach Gleichberechtigung unmenschlich sei.

Die Westberliner werden an der politischen Sturheit des Senats wenig Freude haben; sie wünschen, mit ihren Verwandten im Ostteil der Stadt während der Feiertage zusammenzusein, ohne Verständnis dafür aufzubringen zu können, daß sie auf diese Festtagsfreude darum verzichten sollen, weil in Bonn die Illusion aufrecht erhalten werden soll, man könne die Realität der DDR, mit der man laufend Verträge schließt, aufheben, wenn man sich weigert, ihre Unterschrift anzuerkennen. eg

KEIN STIMMRECHT

Bei den Auseinandersetzungen über die neue Regierungskoalition kam den Bundesbürgern zum Bewußtsein, was bei den Siegermächten als tabu gilt: West-Berlin ist kein Land der Bundesrepublik. Zum Wunsch der Sozialdemokraten, den Westberliner Abgeordneten bei der Wahl eines neuen Bundeskanzlers das volle Stimmrecht zu geben, stellte die CDU/CSU fest, daß dies verfassungswidrig sei, und sie wurde dabei unterstützt von den sogenannten Berliner Schutzmächten — den USA, Frankreich und Großbritannien —, die gegen den Wunsch der SPD sofort ihr Veto einlegten.

Etwas irritiert mag mancher sich fragen: Wenn West-Berlin ein „Bundesland“ ist, warum dürfen dann die Berliner Abgeordneten nicht mitstimmen? Und: wenn ihnen das Stimmrecht von den Berliner Besatzungsmächten vor-enthalten wird, dann kann man doch West-Berlin nicht zur Bundesrepublik zählen. Aber das scheint zu der üblichen Bonner Schizophrenie zu gehören. H. S. okolus

Zum Thema:

Stoppt die NPD!

Wer sich nicht auf die leichtfertigen Behauptungen der Bundesregierung, der Rechtsradikalismus bedeute keine Gefahr bei uns, verlassen hat, sondern die Politik mit offenen Augen verfolgte, konnte durch die Erfolge der NPD in Hessen und Bayern nicht überrascht sein. Die Unterwanderung des Staatsapparates, der Justiz, der Polizei und der Bundeswehr durch ehemalige Nazis und die mangelhafte Initiative der Behörden gegen naziistische Aufmärsche der SS und das Anschwellen einer Literatur, die den Krieg und die Naziverbrechen rechtfertigt und entschuldigt, sind der Boden, auf dem wieder wachsen kann, was unsägliches Elend über die Völker Europas gebracht hat.

Jahr für Jahr hat die CDU/CSU mit der Politik der Stärke, mit der Wiederaufrüstung und der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO dem Volke vorgegaukelt, damit könnten die Folgen des zweiten Weltkrieges revidiert und die Wiedervereinigung verwirklicht werden. Mit diesen Illusionen aber wurden nationalistische Instinkte geweckt, die im Rechtsradikalismus eine Zuflucht fanden. Der stumpfsinnige Antikommunismus, von der CDU/CSU zur Staatsreligion erhoben, die Verunglimpfung aller, die sich für Entspannung, für eine Verständigung mit der DDR und den sozialistischen Staaten aussprachen, begünstigten diese unheilvolle Entwicklung ebenso wie das Verbot der Kommunistischen Partei.

Mit dem Einzug der NPD in die Landesparlamente von Hessen und Bayern erscheinen ehemalige Nazis wieder offen auf der parlamentarischen Bühne. Man muß sich aber gegen Auffassungen wehren, daß die NPD nun ihre parlamentarischen Fähigkeiten unter Beweis stellen müsse.

Das hat es schon einmal gegeben, und kein Geringerer als der ehemalige preußische Innenminister Severing hat vor 1933 die naive Meinung vertreten, man könne die Nazis ruhig an die Macht lassen; wenn sie die demokratischen Spielregeln befolgten, würden sie bald abgewirtschaftet haben. Aber die Nazis haben eben nicht die demokratischen Spielregeln eingehalten, und die Neonazisten der NPD werden es auch nicht tun.

In allen Parteien, in den Kirchen und besonders in den Gewerkschaften müssen sich die Kräfte sammeln, die bereit sind, den Anfängen des Neonazismus innerhalb und außerhalb des Parlamentes entgegenzutreten. Das gemeinsame Handeln aller der Freiheit und der Demokratie verpflichteten Bürger ist in der Lage, einen Rückfall in die Vergangenheit zu verhindern und unserem Lande Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. VN

Kreisen, die daran interessiert sind, die Gewerkschaften politisch zu neutralisieren und ihnen das Recht auf politische Aktivität abzusprechen.

Die Gewerkschaften sind aber kein Tunmpelplatz für Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Auffassungen und Beschlüsse von Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei. Es wird vielmehr Aufgabe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder sein, diese Meinungsverschiedenheiten in ihrer Partei zu klären, besonders jetzt, nachdem sich die gegenseitige Umarmung von SPD und CDU/CSU in der Großen Koalition vollendet hat.

Die Gewerkschaftsmitglieder hingegen müssen vom Bundesvorstand des DGB und von den Vorständen ihrer Gewerkschaften energetischer als bisher Aktivität fordern, damit die Entscheidungen und Beschlüsse der Gewerkschaftstage und Kongresse nicht allein auf dem Papier stehen, sondern verwirklicht werden.

H. S.

Was ist mit der Wirtschaft?

Eine Übersicht über die augenblickliche Lage Arbeitnehmerforderungen zur Krisenabwehrung

Wir stehen an der Schwelle des Jahres 1967, und noch niemals seit wir gewohnt sind, nur in Konjunkturen und Vollbeschäftigung zu denken, war der Ausblick so getrübt wie heute. War es in den vergangenen Jahren interessant, möglichst exakt vorherzusagen, ob das wirtschaftliche Wachstum 5, 6 oder gar 8 Prozent ausmachen werde, so lautet für die Wirtschaftsinstitute jetzt die Frage, ob es wohl noch ein Wachstum im neuen Jahr geben wird. Und war es bislang ein brennendes Problem gewesen, woher die benötigten Arbeitskräfte zu nehmen seien, so gehen die Überlegungen der Unternehmer zur Zeit dahin, die überschüssigen Kräfte möglichst geräuscharm wieder loszuwerden. Die Zeit des konjunkturellen Honigleckens ist offenkundig vorbei. Es geht die Existenzangst wieder um. Die Unternehmer sind dabei auf den Geschmack gekommen und möchten eine „kalkulierte Arbeitslosenquote“ verewigen.

Ein Blick in die Industrie und auf den Arbeitsmarkt offenbart eine völlig veränderte Situation. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) stellte in einer Untersuchung, die sich auf die Monate August bis Oktober 1966 und auf 38 Branchen erstreckte, eine generelle Tendenz nach unten fest. Nur in sechs Branchen ergaben sich gegenüber den Vormonaten noch Zuwachsraten bei der Produktion. Die Hälfte der Branchen schrumpfte bereits. Nach einem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums betrug die Wachstumsrate in der gesamten Industrie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber 1965 noch 3,3 Prozent, aber in zehn Monaten nur 1,9 Prozent. Diese Verringerung des Durchschnitts ist darauf zurückzuführen, daß die Industrieproduktion in den Monaten August, September und Oktober unter dem Niveau des Vorjahres blieb.

Eine Aufschlüsselung nach den wichtigsten Zweigen ergibt folgendes Bild: Gegenüber dem Oktober 1965 war das Ergebnis der Investitionsgüterindustrie, die ein wesentlicher Konjunkturanzieger ist, um 3,4 Prozent niedriger; schon seit Monaten erreicht dieser Zweig das jeweilige Vorjahresergebnis nicht mehr. Die Bauwirtschaft blieb um fast 5 Prozent zurück, während der Bergbau gegenüber dem Oktober 1965 mit 8,7 Prozent den stärksten Produktionsrückgang zu verzeichnen hat. Die Verbrauchsgüterindustrie blieb um fast 1 Prozent unter dem Vergleichsmonat. Am nachhaltigsten treten die Schwierigkeiten in einigen wichtigen Industriezweigen in Erscheinung: im Bergbau, in der Stahlindustrie, im Maschinen- und Schiffsbau, im Baugewerbe und in der Textilindustrie. Davon ist auch ein großer Teil der Zulieferer betroffen. Selbst Branchen, die noch als „gesund“ gelten, wissen von Auftragsrückgängen und Absatzschwierigkeiten zu berichten, wie die Elektroindustrie und die Automobilindustrie. Unangefochtene und ohne Einschnitte entwickelt sich zur Zeit noch die chemische Industrie.

Neben der Lage im Bergbau, die nun schon seit Jahren immer kritischer

wird und 206 000 Bergarbeiter freigesetzt sowie weitere 70 000 für die Entlassung „vorgemerkt“ hat, ist es insbesondere die eisenschaffende Industrie, von der größte Ungewißheit ausgeht. Die gegenwärtige Situation in den Stahlwerken ist von Stilllegungen ganzer Betriebe und Abteilungen, Massentlassungen, Kurzarbeit, Zwangsurlaub und dem Abbau von Löhnen und sozialen Leistungen gekennzeichnet. 43 000 Stahlarbeiter wurden entlassen; für die nächsten Monate sind weitere umfangreiche Entlassungen angesagt. Auftragsmangel und zunehmende internationale Konkurrenz beherrschen das Bild.

Im Oktober 1966 blieb die Tagesproduktion gegenüber dem September um 2,4 Prozent zurück; die Monatsproduktion war sogar um 9,1 Prozent geringer als im Oktober 1965. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres lag die Produktion mit 30,13 Millionen Tonnen um 3,4 Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahresfrist. Um ein falsches Bild zu vermeiden, muß jedoch dazu gesagt werden, daß diese Leistung bei erheblich verminderter Belegschaft, trotz stillgelegter Betriebe und Betriebsanteile, also infolge weiterer Rationalisierungs- und Automationsmaßnahmen, erzielt wurde.

Kaum anders sieht es in der Metallverarbeitung aus. Die Produktion des Maschinenbaus lag im Herbst um 10 Prozent unter der Vorjahreshöhe. Im Schiffbau deckten die Neuaufräge in diesem Jahr nur 15 Prozent der Ablieferungen. Maschinenbauindustrie und Werften haben bereits Tausende von Arbeitern entlassen. Bekannte Unternehmen wie Deere-Lanz, Brown Boveri Clé. und im Schiffbau die Howaldtwerke Kiel verringern laufend die Belegschaft.

Der Riese in der Metallverarbeitung, die Automobilindustrie, steht auch nicht mehr so fest auf den Beinen. Seit den Sommermonaten sinken in der Bundesrepublik die Zulassungszahlen für Pkw. Der Trend zum Mittelklassewagen hat zugunsten des Kleinwagens nachgelassen. Das VW-Werk hat seit

den Sommerferien keine Sonnabendschichten mehr, wie bislang üblich, eingelegt. Die Inlandsnachfrage nach Volkswagen ist in drei Monaten bis September um 26,1 Prozent zurückgegangen.

Einige Unternehmen der Auto-branchen, so NSU, Opel und Daimler-Benz, haben vorsorglich ein paar Wochen Kurzarbeit bzw. zwischen Weihnachten und Neujahr Zwangsferien eingelegt. Insgesamt hat sich die Beschäftigtenzahl in der Metallverarbeitung von September 1965 bis September 1966 um 46 000 vermindert.

In der Bauindustrie waren Ende September 1966 4,4 Prozent weniger Beschäftigte tätig als vor einem Jahr. Mit umfangreichen Entlassungen ist in diesen Wochen begonnen worden. Anfang November reichte das Auftragspolster im Bauhauptgewerbe nur noch für 3,4 Monate gegenüber 4,3 Monate in der gleichen Vorjahreszeit. Die Wirtschaftsvereinigung der Bauunternehmer rechnet in den nächsten Monaten mit einem überdurchschnittlichen weiteren Rückgang der Bauaktivität. Die Zahl der Konkurse in dieser Branche ist größer als jemals zuvor. 58 Prozent der Firmen, gegenüber 27 Prozent im Vorjahr, bezeichneten die Geschäftslage als schlecht. 70 Prozent der Unternehmen kündigen für die kommenden Monate weitere Entlassungen an. Besonders im Straßen- und Wohnungsbau gehen infolge der Bonner Finanzierungssperre die Aufträge nur sehr spärlich ein. Das gesamte Bauvolumen war im September 1966 um 16 Prozent geringer als das Vorjahresniveau.

Wie die Praxis offenbart, unterscheiden sich die Bauunternehmer, wenn es darum geht, Konsequenzen aus der prekären Situation zu ziehen, in nichts von den übrigen Unternehmern: Alles Partnerschaftsgerede der zurückliegenden Jahre mißachtend, werden die Folgen des Versagens der privatwirtschaftlichen Ordnung mit Lohnminde rungen und Entlassungen auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Wollte man Georg Leber, dem Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Glauben schenken, müßten derartige „Rückfälle in längst überwundene Zeiten der Klassengesellschaft“ angesichts des „neuen, partnerschaftlichen Verhältnisses“ zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern für immer der Vergangenheit angehören, zumindest doch in der Bauindustrie.

Ahnlich wie in den genannten Branchen sieht es auch in zahlreichen anderen aus. Jeder Arbeiter und Angestellte spürt den Wandel gegenüber früheren Zeiten. Die Unternehmerfunktionäre sprechen triumphierend von einem merklichen Anstieg der Arbeitsleistung des einzelnen, von ge besselter Arbeitsmoral usw. Wie aber die Folgen dieser mit der drohenden Entlassung erzwungenen „Verbesserung“ der Arbeitsleistung aussehen, sagen sie nicht: Zum erstenmal sind,

nach einer Bilanz des ersten Halbjahres, die Unfallziffern wieder gestiegen, und zwar über 15 000 auf 1404 613. Besonders besorgniserregend ist die Zahl der tödlichen Unfälle am Arbeitsplatz, die um 107 auf 2313 angestiegen ist. Das ist der Blutzoll, mit dem die Arbeitnehmer die „steigende Arbeitsleistung“ bezahlen.

Besorgniserregend ist auch die Situation am sogenannten Arbeitsmarkt. Binnen zwölf Monaten ist die Arbeitslosenquote von 0,4 auf fast 1,0 Prozent angestiegen. Bei rund 23 Millionen unselbstständig Beschäftigten waren auf den Arbeitsmätern Ende November 216 400 Arbeitsuchende gemeldet. Das war der Höchststand seit dreieinhalb Jahren. Alle Landesarbeitsämter der Bundesrepublik berichten von zunehmenden Entlassungen. Ein Drittel der Arbeitslosen ist in Nordrhein-Westfalen gemeldet, wo monatlich etwa 10 000 hinzukommen. Innerhalb eines Jahres hat sich dort die Zahl der Arbeitslosen verdoppelt und macht in zahlreichen Städten zwischen 1,2 und 2 Prozent aus. Die Wirtschaftsfachleute rechnen für 1967 mit 500 000 Arbeitslosen.

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung lauten unterschiedlich: die einen rechnen 1967 noch mit einem geringen Wachstum des realen Sozialprodukts von 2 Prozent, andere glauben an ein gleichbleibendes Ergebnis, und dritte munkeln sogar von einem absoluten Rückgang. Der Bundesbürger jedenfalls, der „Mann auf der Straße“, ist noch skeptischer und befürchtet in der Mehrzahl eine große Krise. Das sagten sechs von zehn Befragten, laut Altenbacher Institut für Demoskopie.

Das Bild ist düster, und bei weitem noch nicht vollständig. Was sagen schon die Zahlen und nüchternen Sachangaben über soundsoviiele tausend Arbeitslose, über Konurse, Betriebsstilllegungen, Produktionseinschränkungen, Auftragsrückgang, Abbau sozialer Leistungen usw. aus? Der tatsächlichen Lage wird nur gerecht, wer auch die menschlichen Konsequenzen beim Namen nennt, die sich daraus ergeben: jähler Abfall des Lebensstandards für Zehntausende und demnächst Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten bei Arbeitslosigkeit; Verminderung des Einkommens durch Kurzarbeit und Reduzierung von übertariflichen Zulagen, Prämien, Fahrgeld- und Essenzuschüssen sowie sonstiger Einrichtungen des „Sozialklimatis“, wie man das im Unternehmerjargon schon lange nennt; langsameres Ansteigen der Tariflöhne bei größerer gewerkschaftlicher Kraftanstrengung; Verschärfung des Arbeitstempes und größere gesundheitliche Belastung; Lohndruckerei und Antreiberei infolge wachsender Unsicherheit des Arbeitsplatzes und rücksichtslosen Mißbrauchs des Arbeitslosenheeres.

Was ist das für eine Gesellschaft, in der sechs von zehn Arbeitnehmern mit Unbehagen und Existenzangst in die Zukunft schen? Was ist das für eine Ordnung, in der eine kleine Schicht von Menschen, die Milliarden, unentwegt den wirtschaftlichen und politischen Führungsanspruch über das gesamte Volk erhebt, dazu aber offensichtlich nicht fähig ist? Solange die Dinge beinahe von selbst florieren, füllt man sich in diesen Kreisen munter die Taschen; sobald es jedoch auf verantwortungsbewußtes Führen und Wirtschaften ankommt, versagen sie und versuchen sich auch noch an den Brosamen zu bereichern, die für die Arbeitnehmer bestimmt sind. Die gegenwärtigen Krisenerscheinungen legen zugleich auch wieder, sichtbarer denn je, den Klassencharakter unserer Gesellschaft bloß.

Natürlich kann man nicht sagen, die Ursache der Krise sei diese oder jene; dafür steht eine ganze Summe von Faktoren, die jetzt alle zusammentreffen: der Strukturwandel in der Montanindustrie; der zunehmende internationale Konkurrenzkampf im Bereich der Stahlindustrie, Textilindustrie, des Schiffsbaus, Maschinenbaus, um nur einige zu nennen; die weitgehend fehlende strukturelle und investitionspolitische Vorausplanung; die in der Vergangenheit geschaffenen Überkapazitäten, wie z. B. im Schiffbau und in der Stahlindustrie; die rasch fortschreitende Automation und Rationalisierung; nicht zuletzt aber hat die so oft berufene Restriktionspolitik der Bundesbank, das heißt, die Drosselung der inländischen Nachfragefinanzierung mittels Kreditverknappung und -verteuerung, die zur Bewältigung der wachsenden Rüstungs- und Notstandslasten des Bundes notwendig wurde, die Lage außerordentlich verschärft. Eine falsche politische Konzeption und nationalisticches Großmachtstreben fordern jetzt von den Arbeitnehmern Tribut.

Daraus ergibt sich, daß zu einer Gesundung der Wirtschaft erforderlich ist, unverzüglich das politische Steuerherumzuwerfen. Die neue Regierung in Bonn wird die Zeichen der Weltpolitik, die auf Entspannung weisen, begreifen und befolgen müssen. Zwei große Gewerkschaften, die IG Metall und die IG Chemie-Papier-Keramik, haben bereits klare Vorstellungen von einer solchen Politik formuliert:

Sofortiger Stopp und allmäßlicher Abbau der Rüstungsausgaben; Verzicht auf Atomwaffen und Beginn einer aktiven Entspannungspolitik gegenüber dem Osten; Ablösung der Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank durch eine entschiedene Wachstumspolitik; Verzicht auf die gefährlichen und kostspieligen Notlandspläne; Gewährleistung der uneingeschränkten Tarifautonomie.

Diese Forderungen stellen bereits ein brauchbares Sofortprogramm der Arbeitnehmer zur Überwindung der gefährlichen Krisenerscheinungen dar. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß kürzlich auch die verbotene Kommunistische Partei zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt ist. Presseverlautbarungen zufolge empfehlen die Kommunisten in ihren auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin der Öffentlichkeit übergebenen „Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft“ u. a. die Herabsetzung der Rüstungsausgaben um 5 Milliarden DM, die Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate, die Beendigung der überflüssigen Waffenkäufe in den USA, wirksame Maßnahmen gegen alle Arten von Preissteigerungen, höhere Besteuerung der Konzerne und Millionäre, den Stopp des Kapitalexports, eine Finanzreform zugunsten eines höheren Steueranteils der Länder und Gemeinden sowie die Hebung der Volksaufkraft durch Erfüllung der Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften.

Wenn man versuchen will, die Frage nach dem „Was wird?“ und dem „Wie weiter?“ zu beantworten, so ist die Situation vielleicht am besten charakterisiert mit der Feststellung: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Freilich, wenn nicht sehr bald das Steuer herumgeworfen wird, kann sich aus dem gegenwärtigen Krisen an allen Ecken und Enden eine tiefgreifende Wirtschaftskrise mit allen uns Deutschen bereits bekannten verheerenden Folgen für den einzelnen und die Gesellschaft entwickeln. Ganz entschieden gilt es, die Absicht der Konzerne zu bekämpfen, zumindest die Vollbeschäftigung zu beseitigen und ein ständiges Heer von Lohndrückern zu schaffen.

Da die Leidtragenden einer Krise in erster Linie die Arbeitnehmer sind, haben sie das legitime Recht und die Pflicht, mit Hilfe der Gewerkschaften die Realisierung ihrer Forderungen zu betreiben. Die Wirtschaft kann nicht länger Privatangelegenheit weniger hundert Mächtiger sein, die mit dem Ziel höchstmöglicher Profitiergiebigkeit betrieben wird; sie muß dem Volkswohl dienen. Diese Zweckbestimmung ist aber nur gewährleistet, wenn endlich die Vormachtstellung der großen Konzerne gebrochen und durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen ihren Ebenen demokratisiert wird. Die Realisierung dieser Gewerkschaftsforderung ist angesichts der bedrohlichen Lage in vielen Wirtschaftszweigen ein besonders dringliches Anliegen, das keinen Aufschub mehr verträgt. Das Konzept der Arbeitnehmer wird zugleich Prüfstein für die neue Regierung sein.

Gerd Siebert

Rüstung ruiniert die Währung

„Haushaltsausgleich“ ein Spiel mit falschen Zahlen

Bonn verbraucht dreimal mehr als Produktion hergibt

Die Krise der Bundesfinanzen wird auf lange Sicht bei Fortführung der so genannten „Sicherheitspolitik“ Bonns nicht zu überwinden sein. Das ist in den Debatten, die nun schon seit vielen Wochen um den Ausgleich des Etatdefizits für 1967 geführt werden, klar geworden. Dabei ist das Ausmaß der finanzpolitischen Mißwirtschaft so groß, daß der ehemalige Vizekanzler Mende sich genötigt sah, von einer „neuen Währungsreform in den siebziger Jahren“ zu sprechen — „wenn wir so weitermachen“.

„Wir“ — das sind in Bonn die verantwortlichen Politiker, die teils in der Regierung durch aktive Handlungen, teils in der Opposition durch spekulative Schweigen den Scherbenhaufen angerichtet haben. Inzwischen hat die alte Regierung Erhard dem Parlament die Aufstockung des Bundeshaushaltes von 73,9 auf 75,3 Milliarden DM empfohlen. Zu diesem Zweck wurde ein Nachtragshaushalt über 2,5 Milliarden vorgelegt, der über Steuererhöhungen und Kreditaufnahmen dem Bund zusätzliche Mittel in dieser Höhe verschaffen soll.

Ein zweites Wundermittel zur Bannung der Finanznot ist das sogenannte Finanzplanungsgesetz, das ebenfalls dem Bundestag vorliegt und — vorwiegend soziale — Ausgaben in Höhe von 3 Milliarden DM annullieren, vertagen bzw. verlagern soll. Zu diesen Plänen gehören u. a. solche Maßnahmen wie der Wegfall von Steuerfrei beträgen, die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau und für die Sozialversicherung, die Einschränkung der Ausbildungszulage, die weitere Belastung der Sozialversicherung mit Fremdaufgaben und noch zahlreiche andere.

Zur Deckung des erhöhten Haushaltsvolumens und der noch größeren Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben sieht der Nachtragshaushalt folgende Steuererhöhungen vor: die Erhöhung der Umsatzsteuer für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 15 Millionen DM von 4 auf 4,25 Prozent; die Heraufsetzung der Mineralölsteuer um 3 Pfennig je Liter;

die Verteuerung der Zigaretten um 1,3 Pfennig das Stück und eine Anhebung der Steuer für Branntwein. Ferner sollen die Bausparkassen verpflichtet werden, dem Bund einen Kredit in Höhe von 500 Millionen DM zu geben.

War schon der ursprüngliche Haushalt mit 73,9 Milliarden DM um 7 Prozent höher angesetzt als der zur Zeit laufende, so bedeutet die Aufstockung auf 75,3 Milliarden DM eine Steigerung von mehr als 9 Prozent und übersteigt damit jedes vertretbare Maß. Selbst nach optimistischen Schätzungen wird das reale Sozialprodukt 1967 nur um 2,5 bis 3 Prozent und die Produktivität um 4 bis 5 Prozent steigen. Auch die privaten Ausgaben werden kaum stärker zunehmen. Der Bund aber will das Dreifache dessen verbrauchen, was der Volkswirtschaft in einem Jahr zuwächst.

Damit dürfte feststehen, daß die inflationären Tendenzen künftig noch stärker von Bonn aus gefördert werden als bisher, die D-Mark wird weiter an Kaufkraft verlieren. Warum ausgerechnet die Arbeitnehmer „maßhalten“ sollten, wird jetzt — nach dem jahrelangen Erhardischen Getrommel und angesichts der Bonner Misere — besonders deutlich: damit Bonn um so mehr ausgeben kann. Denn was der eine hinauswirft, muß der andere hereinholen.

Aber auch in seinem maßlos überhöhten Volumen ist der Haushalt nur ein Spiel mit falschen Zahlen. Die Rechnung geht nur auf, wenn der Bund weiterhin seine 39 statt 35 Prozent der Ländereinnahmen an den Einkommen- und Körperschaftsteuern bekommt, was die Länder ablehnen, und wenn die Vorausschätzung der Steuereinnahmen für 1967 nicht um etwa 1,1 Milliarden DM zu hoch wäre, und wenn die diesjährigen Einnahmen nicht 750 Millionen DM niedriger wären als die Schätzung, und ... und ... und ...

Eine den Bundestagsabgeordneten vom Finanzministerium zugänglich gemachte Finanzvorschau bis 1971 zeichnet ein äußerst düsteres Bild. Selbst wenn die Haushaltspläne der nächsten Jahre nach dem Muster des Etats für 1967 gekürzt, weiterhin Steuervergünstigungen abgebaut, Steuererhöhungen

verfügt und Kredite am Kapitalmarkt aufgenommen würden, müsse — so die Finanzvorschau — mit folgenden Fehlbeträgen gerechnet werden: 1968 = 5,0 Milliarden, 1969 = 6,3, 1970 = 8,1 und 1971 = 6,7 Milliarden DM. Wenn also in Bonn so weitergewirtschaftet wird, und das bezieht sich weniger auf die Wirtschaft selbst als vielmehr auf die innen- und außenpolitischen Ursachen, dann sind die kommenden Jahre geradezu mit Steuererhöhungen, Kreditverknappungen und Preissteigerungen in einem uns bislang unbekannten Ausmaß gepflastert.

Man braucht keine prophetischen Gaben, sondern nur einen gesunden Menschenverstand, um endlich zu begreifen, daß es wieder einmal — zum drittenmal in Deutschland — die Rüstung ist, die an Währung, Wirtschaft, sozialem Standard und den Grundfesten der Gesellschaft rüttelt. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß die meisten der im Nachtragshaushalt und durch das Finanzplanungsgesetz aufzubringenden bzw. einzusparenden Mittel der Aufstockung des Verteidigungshaushaltes dienen, der im kommenden Jahr vor allem unter dem Zeichen riesiger Waffenkäufe in den USA, auch Finanzierungsausgleich genannt, steht. Außerdem verzehren die strategischen Anlagen, die zunehmenden Bunkerbauten und sonstigen Luftschutzeinrichtungen sowie die im Hinblick auf die Notstandsplanung bereits angelaufene Umstellung der Infrastruktur auf die Erfordernisse des „Ernstfalls“ viele weitere Milliarden Mark.

Bei einem Volumen von ungefähr einem Drittel aller Bundesausgaben für mittelbare und unmittelbare Rüstung ließe sich die Finanzlage der öffentlichen Hand sehr schnell wieder in Ordnung bringen, wenn nur endlich eine an den Disengagement- und Entspannungstendenzen orientierte Politik in den Bonner Ministerien Einzug halten würde. Ein Herunterschrauben der für Friedenszwecke (oder halten die Planer anderes im Sinn?) viel zu groß geratenen Bundeswehr und ein Ablassen von den Notstandsplänen könnte die Lage mit einem Schlag normalisieren.

Ein Sprichwort sagt, daß man niemanden den Pelz waschen kann, ohne ihn dabei naß zu machen. Man wird aber auch den Währungsverfall und eine ruinöse Staatsverschuldung nicht abwenden können, wenn nicht die genannten politischen Übel angepackt werden. Die neue — und zum Teil alte — Regierung wird in den nächsten Wochen zeigen müssen, ob sie nur neue Männer oder auch eine neue Politik zu bieten hat. Aber wir haben allen Grund, skeptisch zu sein, denn von allen Möglichkeiten, die es in Bonn zur Lösung der Regierungskrise geben hätte, wurde — und das ist schon beinahe typisch — die mieseste gewählt.

Lebenshaltung gestiegen

Der Preisindex für die Lebenshaltung lag im Oktober 1966 um 3,8 Prozent höher als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Diese Steigerung gilt für den Vier-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen. Der Preisindex für die Lebenshaltung von Renten- und Sozialhilfeempfängern hat sich um 3,3 und der für die Lebenshaltung eines Kindes um 2,5 Prozent erhöht.

Auftragsmangel auf den Werften

Unternehmer sprechen bereits von Massenentlassungen

IG Metall verlangt Sicherung der Arbeitsplätze

In der Schiffbauindustrie vollzieht sich etwas Seltsames: Obwohl infolge steigenden Welthandels und des Trends, mit modernen Schiffen konkurrenzfähig zu bleiben, am Weltschiffbaumarkt eine ständig wachsende Nachfrage zu verzeichnen ist, klagen die Werften der Bundesrepublik über erheblichen Auftragsrückgang. Der Verband Deutscher Schiffswerften, aber auch die IG Metall, sprechen bereits von unvermeidbaren Massenentlassungen, wenn diese Entwicklung anhält. Was ist dafür die Ursache, und was muß getan werden, um diese krisenhafte Entwicklung mit allen harten Konsequenzen für die Arbeitnehmer abzuwenden?

Auf diese Fragen versuchten die mehr als 200 Delegierten der Schiffbauindustrie auf der Arbeitstagung der IG Metall für die Seeschiffswerften Anfang November in Kiel eine Antwort zu finden. In mehreren Referaten und Diskussionsbeiträgen wurden die speziellen Probleme aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht.

Im Jahre 1965 wurden auf der ganzen Welt für mehr als 16 Millionen BRT Aufträge an die Werften vergeben. In diesem Jahr wird mit mindestens gleich hohen Bestellungen gerechnet, zumal die Werften in den ersten sechs Monaten bereits 8 Millionen BRT verbuchen konnten. Aber nicht so auf den bundesdeutschen Werften, die 1965 mit 8,4 Prozent an den Weltstapelausflügen beteiligt waren. Die ausgelieferten Aufträge werden nicht mehr im notwendigen Umfang durch Neuabschlüsse ersetzt. So sind im dritten Quartal dieses Jahres neue Aufträge nur im Werte von 15 (!) Prozent der Produktion des gleichen Quartals von 1965 hereingekommen.

Besonders anschaulich wird die prekäre Lage, wenn man sich das Verhalten der westdeutschen Reeder vor Augen führt: Während sie in einem Zeitraum von zehn Jahren nur insgesamt 16 Schiffe bei ausländischen Werften bauen ließen, gaben sie 1965 bereits 10 Aufträge über Seeschiffe mit 46 280 Tonnen Tragfähigkeit (tdw) ins Ausland. Von Januar bis September dieses Jahres waren es aber schon 16 Neubauaufträge mit 448 090 tdw, die vor allem nach Japan und Großbritannien vergeben wurden.

Die Fachleute der IG Metall sehen für diese Situation, die die Arbeitsplätze von rund 120 000 auf den Werften und in der Zulieferindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten in Gefahr bringt, mehrere Ursachen: der ungünstige Standort der meisten bundesdeutschen Werftbetriebe infolge zu flachen Wassers für den Großschiffbau; die zum Teil überalterten technischen Ausrüstungen und überholten Arbeitsmethoden; die dadurch bedingte zu teure Produktion; die vernachlässigte und dezentralisierte Schiffbauforschung; die ungenügende Typisie-

lung und Programmierung; die meistens im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz zu kleinen Werftbetriebe und schließlich die immer schärfert werdende internationale Konkurrenz selbst.

In der Entschließung der Arbeitstagung wird festgestellt, daß die bisherige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, insbesondere fehlende struktur- und sozialpolitische Maßnahmen, wesentlich zu der heutigen Situation beigetragen hat. Infolge der Kreditrestriktionen der Deutschen Bundesbank werde die Lage noch verschärft. Die Entschließung stellt drei wirtschaftspolitische Forderungen der IG Metall heraus, die nach Ansicht der Delegierten Dringlichkeitscharakter haben:

■ Lockerung oder Aufhebung der Kreditrestriktionspolitik der Bundesbank, die die Werftindustrie wegen der besonderen (langfristigen) Finanzierungsgewohnheiten sehr stark negativ beeinflusse;

■ Unterstützung der Vorschläge der EWG-Kommission für eine gemeinschaftliche europäische Schiffbaupolitik, sowohl hinsichtlich der Baupreis-Subventionen als auch hinsichtlich der Finanzierungmaßnahmen zur Rationalisierung der Werften;

■ staatliche Kredithilfen für Maßnahmen der Rationalisierung auf den Werften, damit diese im Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz langfristig bestehen können.

Ahnliche Forderungen, deren Realisierung zur Sicherung der Arbeitsplätze auf den Werften führen soll, vertritt auch der dem IBFG angeschlossene Internationale Metallarbeiterbund (IMB), in dessen Namen Carl Casserini referierte. Die Investitionspolitik der Werften, erklärte er, müsse auf einer Vorausschätzung der künftigen Entwicklung des Weltschiffbaus beruhen. Schließlich müßten die Werftunternehmen ihre Produktionsprogramme auf andere Tätigkeitsgebiete ausdehnen. In der Kieler Entschließung und in dem Referat des IMB-Sprechers wird nachdrücklich verlangt, daß die im Schiffbau Beschäftigten bei allen wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen, bei Konzentrationen, Rationali-

sierungen und Kooperationen ein wirksames Mitbestimmungsrecht haben müssen.

Gewiß hätte sich die IG Metall darunter beschränken können, die Schuldigen für die Misere im Schiffbau mit Namen zu nennen und im übrigen die Forderungen der Werftarbeiter nach Mitbestimmung, sozialer Sicherheit und weiterem Fortschritt anzumelden. Sie hat es dabei bewußt nicht bewenden lassen, sondern von sich aus Vorschläge entwickelt, die ihren Willen zur konstruktiven Mitarbeit bei der Lösung der Probleme hinreichend unter Beweis stellen. Mancher Werftarbeiter war sogar etwas befremdet, wie sehr sich auf dieser Konferenz Gewerkschaftsfunktionäre „die Köpfe der Unternehmer zerbrachen“.

Während dieser detaillierten Erörterungen wurde noch ein grundsätzliches Problem erkennbar, das leider in den Beratungen keine Rolle spielte: die offensichtliche Unfähigkeit der privatwirtschaftlichen Ordnung, den Arbeitnehmern eine krisenfreie Existenz und soziale Sicherheit zu garantieren. Man fragt sich angesichts des recht weitgehenden Engagements der Gewerkschaft für die Werftindustrie, und damit für die Unternehmer gleichermaßen wie für die Arbeiter und Angestellten, woher Unternehmer und Regierungspolitiker den Mut nehmen, den Gewerkschaften weiterhin das Mitbestimmungsrecht zu verweigern.

Der Hamburger Bezirksleiter der IG Metall, Heinz Scholz, ließ in seinem Referat keinen Zweifel an der Entschlossenheit der IG Metall, zu verhindern, daß Bund und Unternehmer die Auswirkungen der Schiffbaukrise auf die Werftarbeiter abwälzen. In der augenblicklichen Situation müsse die Tarifpolitik der IG Metall für den Bereich der Werften das Ziel verfolgen, den sozialen Besitzstand tarifvertraglich zu sichern, die Kündigungsfristen zum Schutz bei Umstellungen und Entlassungen zu verlängern, Regelungen für Umsetzungen, Umschulungen und Entlassungen zu finden sowie die tarifvertragliche Mitbestimmung bei Kündigungen einzuführen. An der Einführung der 40-Stunden-Woche am 1. Januar 1967 sei nicht zu rütteln.

Der Schiffbau in der Bundesrepublik ist jedoch nur eine der immer zahlreicher werdenden Wirtschaftsbranchen, in denen krisenhafte Erscheinungen mehr oder weniger intensiv wirken. Es ist offenkundig, daß die sogenannte liberale Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre nicht mehr ausreicht, die Situation zu meistern und den Erfordernissen wirtschaftlicher und sozialer Stabilität gerecht zu werden. Auch der Schiffbau wird erst wieder gesunden können, wenn in der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik die Interessen der Allgemeinheit über die der privaten Produktionsmittelbesitzer gestellt werden.

Selbstverstümmelung der Energiebasis

Vor neuer Stillegungswelle an der Ruhr

Gemeinsame Abwehraktion aller Gewerkschaften nötig

Der bundeseigene Hibernia-Konzern gab mit der Ankündigung, er wolle die Zeche Möller/Rheinbaben zum 31. 3. 67 stilllegen, den Auftakt zu einer neuen Stillegungswelle von Ruhrzechen. Nach Ansicht des Hauptvorstandes der IG Bergbau und Energie gibt es bei den Bergbauunternehmern Pläne für die Aufgabe von mindestens 20 weiteren Schachtanlagen. Die Gewerkschaft appellierte unlängst in Bochum an die Regierungen in Bonn und Düsseldorf sowie an die Parteien und Unternehmer, jetzt gemeinsam mit der Gewerkschaft über Maßnahmen zu beraten, wie die volkswirtschaftlich unsinnige Selbstverstümmelung des Bergbaus verhindert werden kann.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Kienbaum brachte auf einem Presseempfang am 15. November die Überzeugung zum Ausdruck, daß in absehbarer Zeit nur noch Chancen für 35 Großzechen an der Ruhr bestünden. Kienbaum bezeichnete es als Konsequenzen der gegenwärtigen Entwicklung (die sich aus den Richtlinien der gegenwärtigen Politik ergeben — der Verf.), daß die Förderung an der Ruhr auf etwa 80 Millionen Tonnen jährlich „schrumpfen“ werde (1966 = 126 Mill. Tonnen) und bei einer Erhöhung der Schichtleistung auf mindestens 3,5 t, nur noch 35 bis 40 Groß- oder Zentralzechen mit Tagesleistungen von 15 000 bis 20 000 Tonnen erforderlich wären.

Diese Zukunftsvorstellung hat unter den Bergarbeitern der Ruhr große Unruhe ausgelöst. Auch in den Kommentaren des Großteils der Presse im Revier wird eine solche Politik als „Selbstverstümmelung“ der eigenen Energiebasis apostrophiert. In dieser Situation erhielten die Anstrengungen der Kumpel von Möller/Rheinbaben, die Stillegung ihrer Anlagen zu verhindern, zentrale Bedeutung für das gesamte Revier. In mehreren Erklärungen und Entschließungen forderten Betriebsrat und Gewerkschaftsausschuß dieses Betriebes von den politisch Verantwortlichen in Bund und Land eine Änderung der Energiepolitik und Sofortmaßnahmen zur Erhaltung des Bergbaus.

In diesem Zusammenhang ist vor allem die Initiative hervorzuheben, die in Form einer Petition an den Landtag in Düsseldorf konkrete Schritte von Landtag und Landesregierung gegen die Stillegung verlangt. Die drei Forderungen dieser Petition lauten:

■ „Der Landtag möge, gestützt auf seine verfassungsmäßigen Pflichten, ein sofortiges Verbot der Zechenstilllegungen verfügen, damit die Existenz der Bergarbeiter und ihrer Familien und der vom Bergbau abhängigen Bevölkerungsteile garantiert wird.“

■ „Der Landtag hat dafür Sorge zu tragen, daß private Wirtschaftsmacht nicht weiterhin gegen die Interessen

der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes mißbraucht wird. Mit der sozialen Energiepolitik muß Schluß gemacht werden. Wir erwarten, daß gemäß Interessen der Beschäftigten des deutschen Bergbaus mehr Rechnung getragen wird. Wir fordern die Anwendung des Art. 27 der Landesverfassung, der die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum vorsieht.“

■ „Der Amtseid verpflichtet die Landesregierung, ihre ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von

38 Millionen DM Lohneinbußen im Bergbau

Rund eine Million Feierschichten mußten etwa 160 000 Bergarbeiter seit Beginn dieses Jahres verfahren. Die Lohneinbußen betragen 38 Millionen DM. Die IG Bergbau und Energie hat jetzt an Bundesregierung und Bergbauunternehmer die Forderung nach einer Ausgleichszahlung für die betroffenen Bergarbeiter gerichtet.

ihm zu wenden. Deshalb fordern wir: Einschreiten gegen die Absicht des Hibernia-Vorstandes, die z. T. in Bundesbesitz befindliche Zeche stillzulegen. Entsprechende Schritte beim Vorstand und Aufsichtsrat sind sofort einzuleiten.“

Die Landesregierung und die Parteien des Landtages NRW haben diese Forderungen zur Kenntnis genommen und der Delegation des Betriebsrates „ernsthafte Prüfung“ zugesagt. Der Fraktionsvorstand der CDU schrieb sogar an den Hibernia-Aufsichtsrat und Bundeschatsminister Dollinger, in dem die Ansicht vertreten wurde, eine Stillegung dieser Zechen sei „nicht nötig“. Aber die Vertreter der

CDU im Hibernia-Aufsichtsrat (3 Staatssekretäre aus Bonn und Düsseldorf) bestimmten für die Stillegung.

Am 17. November, dem Vorabend der Aufsichtsratssitzung, fand in Bottrop eine eindrucksvolle Kundgebung und ein Protestmarsch von etwa 5000 Teilnehmern gegen die Zechenstillegung statt. Aufgerufen von einer Gruppe repräsentativer Persönlichkeiten der Kaufmannschaft, des Handwerks, der Kirchen, Ärzte, Stadtverwaltungen, Gewerkschaften und Gastwirte, demonstrierte die Bevölkerung unter Lösungen, die sich gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, für die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum und für die Erhaltung der Anlage aussprachen.

Die neue Stillegungswelle, die nun mit dem „Stein“ Möller/Rheinbaben ins Rollen geraten ist, unterscheidet sich vor allem in zwei Punkten von den bisherigen Stillegungen.

■ Es wird schon offen darüber gesprochen, daß nicht mangelnde Produktivität und Rentabilität die Ursache des Stillegungsvorhabens sind. Hier wird als Hauptgrund eine „Kapazitätseinschränkung“ in der Größenordnung dieser Anlage betont.

■ Mit der Stillegungswelle wird die Existenz ganzer Städte ernsthaft gefährdet. Dementsprechend finden sich in der gesamten Bevölkerung zunehmend mehr Kräfte, die sich diesem Vorhaben widersetzen.

Darum sollte man sich in der Gewerkschaftsbewegung auch davor hüten, diese neue Vernichtungskampagne an der Ruhr noch als Bestandteil der „Rationalisierung“ oder „Umstrukturierung“ anzusehen. Hier wird eine energiepolitische Konzeption durchgesetzt, die weder auf die sozialen Folgen noch auf die volkswirtschaftlichen Auswirkungen Rücksicht nimmt. Der Frontalangriff, den die CDU-CSU im Bündnis mit den Konzernen und Monopolen mit der sogenannten Stabilisierungspolitik gegen die sozialen Erfolge der Arbeitnehmer führt, findet hier seine beste Charakterisierung.

Unter diesem Aspekt erlangt die Forderung der IG Metall nach gemeinsamen Aktionen aller DGB-Gewerkschaften zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Vollbeschäftigung große Aktualität. Wehrt den Anfängen! Das war schon immer die richtige Parole in der Arbeiterbewegung. Darum sollte auch jetzt mit dem gemeinsamen Kampf aller Gewerkschaften zur Erhaltung des Bergbaus begonnen werden, um die Vollbeschäftigung zu erhalten. Das ist auch von großem künftigen Nutzen: Denn eine Energieversorgung in der Hand ausländischer Konzerne wäre ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Cz

Auch Stahl will Subventionen

Auf dem diesjährigen Eisenhüttentag in Düsseldorf, der völlig im Zeichen der sich verschärfenden Krisenerscheinungen beim Stahl stand, richtete Thyssen-Chef Dr. Sohl an die Bundesregierung drei wirtschaftspolitische Forderungen: Erhöhung der Umsatzausgleichssteuer im grenzüberschreitenden Warenverkehr auf das Niveau der inländischen Umsatzsteuerbelastung; Ausgleichszahlung von jährlich 180 Mill. DM von 1957 an für den westdeutschen Kokskohlenpreis, entweder im Rahmen des Gemeinsamen Marktes oder als „nationale Übergangslösung“; schnelle Genehmigung der vier Walzstahlkontakte durch die Hohe Behörde.

Die Forderungen der Stahlindustrie nach einer Erhöhung der Umsatzausgleichssteuer und der Subventionierung der Kokskohle werden auch von der IG Metall befürwortet, weil sie durchaus geeignet sind, den Weltbewerbsnachteilen für die westdeutschen Hüttenwerke ein Ende zu setzen. Unverständnis und Ablehnung hat jedoch nicht nur in Gewerkschaftskreisen die Forderung Sohls hervorgerufen, die Ausgleichszahlungen für Kokskohle von 1957 an zu gewähren. Das würde nämlich den Staatshaushalt, d. h. den Steuerzahler, um zusätzlich rund 1,8 Milliarden DM belasten.

Was die Stahlkonzerne hier anstreben, läuft darauf hinaus, aus den Krisenerscheinungen — für die sie durch ihr Eintreten für den Gemeinsamen Markt, durch die planlose Schaffung von Überkapazitäten und durch die ständigen Kohlepreiserhöhungen die Mitverantwortung tragen — noch ein Geschäft zu machen. Das ist ebenso abzulehnen wie ihr ständiger Versuch, unter Hinweis auf die Krisenerscheinungen in der Stahlindustrie mit den geplanten Stahlkontoren die Vorläufer eines neuen Stahlvereins herbeiführen zu wollen.

Aus den wirtschaftspolitischen Forderungen der westdeutschen Stahlindustrie kann man nur den einen Schluß ziehen: Wer die Vollbeschäftigung nicht mehr garantieren kann, von einer Flaute in die andere stolpert, ein Superkartell mit all seinen verhängnisvollen Einflüssen auf Wirtschaft und Politik anstrebt und vom Staat immer neue finanzielle Hilfen verlangt, unterstreicht nur das Versagen der privatwirtschaftlichen Ordnung. Um zu verhindern, daß sich in der Stahlindustrie eines Tages eine ähnliche Entwicklung vollzieht wie im Steinkohlenbergbau, bleibt nur der Weg, diesen Industriezweig in Gemeineigentum zu überführen. -ner

Bergbau in Gemeineigentum!

IG Bergbau unterbreitet Neuordnungsprogramm
Unternehmer wollen weitere Zechenstilllegungen

Vorschläge für eine Neuordnung im westdeutschen Steinkohlenbergbau hat der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie unterbreitet. In einem „Appell in letzter Stunde“ forderte Gewerkschaftsvorsitzender Walter Arendt Bundesregierung, NRW-Landesregierung und Bergbauunternehmer auf, gemeinsam mit der IGBuE ein vernünftiges Konzept zur Sanierung des Steinkohlenbergbaus zu entwickeln.

Kernpunkt der gewerkschaftlichen Vorschläge ist die Bildung einer Bergbau-Einheitsgesellschaft. Eine einheitliche Bergbaugesellschaft bietet nach den Worten Arendts folgende Vorteile:

- Aufspaltung der alten Feldergrenzen unter Tage und Schaffung optimaler Betriebsgrößen,
- eine Förderprogrammierung unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Anforderungen,
- eine durchdachte und gezielte Investitionspolitik an Stelle der bisherigen verzettelten Investitionen,
- optimaler Einsatz moderner Abbaugeräte und Einrichtungen einer Maschinenausgleichsstelle, die mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine kontinuierliche Arbeit auf allen Zechen sicherstellt,
- zentrale Steuerung der Abteuf-, Vor- und Ausrichtungsarbeiten,
- Intensivierung der Bergbauforschung,
- sinnvolle und gezielte Subventionspolitik und
- Konzentration des Kohleverkaufs.

Arendt betonte, daß nur durch einen Zusammenschluß der Zechen die Probleme des Bergbaus bewältigt werden könnten. Dadurch würde es möglich sein, die Förderkosten so weit zu senken, daß die westdeutsche Kohle auch gegenüber der amerikanischen Kohle konkurrenzfähig würde. Selbst maßgebliche Konzernvertreter mußten einräumen, daß auf der Grundlage einer Ruhrbergwerke AG die Kosten um etwa 25 Prozent gesenkt werden könnten.

Nach Meinung der Bergarbeiter — und davon zeugen insbesondere die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse — ist eine Bergbau-Einheitsgesellschaft nur dann wirklich sinnvoll, wenn sie die Sicherheit der noch fördernden Zechen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft gewährleistet und der Existenzfurcht in den Kohlenrevieren ein Ende setzt. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß der Einfluß der Ruhrkonzerne eingedämmt, die Mitbestimmung der Gewerkschaft allseitig aus-

geweitet und die Einheitsgesellschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage betrieben wird.

Mit Redt stellte Walter Arendt fest: „Die Entscheidungen im Bergbau sind heute reine Konzernentscheidungen, bei denen die volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte in den Hintergrund treten.“ Hier die Bilanz einer verfehlten, von Profitinteressen bestimmten Energiepolitik, für die Bundesregierung und Bergbauunternehmer gleichermaßen verantwortlich zeichnen: Seit 1957 wurden 58 Schachtanlagen mit einer Jahresförderung von insgesamt 33,4 Mill. t sowie 149 Kleinzechen, 21 Kokereien und 11 Briektfabriken stillgelegt. Dadurch ging die Gesamtbelegschaft des westdeutschen Steinkohlenbergbaus um rund 240 000 Beschäftigte zurück. Alle Einschränkungsmaßnahmen gingen ausschließlich zu Lasten der Bergarbeiter und haben das Dilemma der Kohle nur noch vergrößert. Die Zuspitzung der Kohlenkrise von November 1965 bis Ende Oktober 1966 zeigt sich besonders deutlich am Anstieg der Haldenbestände von 15,9 Mill. t auf 23,4 Mill. t und daran, daß in dieser Zeit 11 große Zechen stillgelegt, 38 000 Bergarbeiter entlassen und auf 41 Schachtanlagen rund 875 000 Feierabendarbeiter verfahren wurden.

Mit der angekündigten Schließung der Hibernia-Zentralschachtanlage „Möller/Rheinbaben“ ist der Startschuß für eine neue Stilllegungswelle gefallen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen dürfte. In Bonn rechnet man damit, schreibt die „Ruhr-Wirtschaft“, das Organ der Industrie- und Handelskammer Dortmund, „daß in den nächsten Jahren rund 30 Millionen Tonnen Förderkapazität stillgelegt werden müssen. Dadurch würden rund 100 000 Bergarbeiter betroffen.“

Angesichts dieser unverhüllten Konzeption von Bundesregierung und Konzernherren, den Bergbau totzuschanden zu lassen, bleibt für lange Verhandlungen nur noch wenig Spielraum. Die eindrucksvollen Protestaktionen der Kumpel von „Möller/Rheinbaben“ in Bottrop und Gladbeck bestätigen, daß die Geduld der Bergarbeiter am Ende ist und daß sie zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze bereit sind. G. B.

Chemie-Industrie ist zahlungsfähig

Hartnäckige Lohnverhandlungen und Scheinargumente

Chemische Industrie von Krisenerscheinungen verschont

Die Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie werden mit aller Härte geführt. Bis Ende November lag in den Tarifbezirken Rheinland-Pfalz, Nordrhein, Westfalen, Hessen und West-Berlin, in denen die Lohn- und Gehaltsverträge gekündigt sind, noch kein Verhandlungsergebnis vor. Die Chemieunternehmer versuchen, unter Hinweis auf die Krisensituation in anderen Wirtschaftszweigen, recht billig davonzukommen, obgleich die chemische Industrie unverändert von schnelltem Wachstum gekennzeichnet ist.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat in den genannten Tarifbezirken Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 8,5 und 9,5 Prozent gefordert, die von den Arbeitgebern als überhöht bezeichnet werden. Gleichzeitig aber erwartet die chemische Industrie in diesem Jahr eine Umsatzsteigerung von mindestens 8 Prozent, wobei die drei Chemiegiganten Bayer, Hoechst und Badische Anilin in den ersten neun Monaten schon Zuwachsraten von 10,5, 10,6 und 18,1 Prozent meldeten. Bereits im Vorjahr hatte die chemische Industrie kräftig expandiert.

Auch der Export dieses zweitgrößten Industriezweiges der Bundesrepublik entwickelte sich seit Jahresbeginn mit einer Ausweitung von 16 Prozent überdurchschnittlich. Ebenso wird mit dem gleichen Investitionsumfang wie im Vorjahr — 3,8 Milliarden DM — gerechnet, während im allgemeinen die Investitionen zurückgegangen sind. Auch kann in dieser Branche nicht vom Rückgang der Gewinne gesprochen werden. Und schließlich hat auch die Produktivität weit über dem Durchschnitt zugenommen: Bei einem Anstieg der Erzeugung innerhalb von zwölf Monaten um 10 Prozent vermehrte sich die Zahl der Beschäftig-

ten der chemischen Industrie nur um 1,5 Prozent.

Eine Lohn- und Gehaltsaufbesserung um 8,5 Prozent wäre also allein schon durch den Anstieg der Produktivität gedeckt. Sie würde im übrigen nicht so schwer wiegen, da der Lohn- und Gehaltsanteil in der Chemieindustrie nur 18,5 Prozent vom Umsatz ausmacht. Die Arbeiter und Angestellten dieser Branche haben also keinen Grund, auf ihrer Forderung zu beharren und sich nicht durch die Lage in anderen Bereichen irritieren zu lassen.

Außerdem operieren die Unternehmer mit der früher schon vereinbarten Arbeitszeitverkürzung auf 41½ Stunden und der Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes von 10 auf 12 DM pro Tag ab 1. Januar 1967. Derstellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Küpper, wies diese Argumentation mit der Feststellung zurück: „Diese Dinge sind seinerzeit schon ‚bezahlt‘ worden durch eine entsprechend geringere Lohnerhöhung bei verlängerter Laufzeit. Die Arbeitgeber wollen aber offenbar zweimal zur Kasse schreiten.“

K. Kilian

Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft. Für 1967 erwarte die IG Metall härtesten Widerstand der Arbeitgeber gegen ihre Forderungen. Die Organisation müsse sich darauf einstellen und ihre Schlagkraft erhöhen.

Der Leiter der Ableitung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall, Karl-Heinz Friedrichs, machte auf die hohe Exportintensität der westdeutschen Automobilindustrie aufmerksam, die 1965 bei Personenkraftwagen 55,4 Prozent der Produktion betragen habe. Die Exportquote Großbritanniens liege bei 36,4 Prozent, die Frankreichs bei 34,8 Prozent und die Italiens bei 27,8 Prozent. Die hohe Exportquote der deutschen Automobilindustrie mache sie aber auch besonders abhängig von der Handelspolitik und der Wirtschaftslage in anderen Ländern, was einen hohen Grad an Unsicherheit in die Produktion bringe.

In der Entschließung der Arbeitstagung wird die Aufhebung der Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank verlangt, um zu verhindern, daß die Flaute auch gesunde Wirtschaftsbranchen erfaßt. Die Steuererhöhungen, insbesondere die Verringerung der Kilometerpauschale und die Erhöhung der Mineralölsteuer, durch die der Automobilabsatz empfindlich beeinträchtigt würde, sollen unterbleiben. Die geltenden Unterstützungsätze bei Arbeitslosigkeit und vor allem bei Kurzarbeit sollen durchgehend auf Zweidrittel des Bruttoeinkommens angehoben werden. Schließlich fordern die Automobilarbeiter, daß der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer bei betrieblichen Umstellungsmaßnahmen unter allen Umständen erhalten wird.

Die Automobilarbeiterkonferenz bekräftigte mit Entschiedenheit die Haltung der IG Metall zur Notstandsgesetzgebung. Der mit Mehrheit vom DGB-Bundeskongress in Berlin im Mai 1966 gefasste Beschuß, die Notstandspläne der Bundesregierung abzulehnen, müsse auch weiterhin die Politik des DGB und seiner Gewerkschaften bestimmen.

Im Anschluß an die Konferenz wurde ein Ausschuß des Internationalen Metallarbeiterbundes für den Konzernbereich Volkswagen/Daimler-Benz gebildet. Drei gleichartige IMB-Ausschüsse für die Konzerne General Motors, Ford und die Gruppe Chrysler/Rootes/Simca/Fiat wurden schon im Juni dieses Jahres gegründet. Der Ausschuß Volkswagen/Daimler-Benz wird sich mit den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnissen in den Werken des Konzerns in der Bundesrepublik, in Argentinien, Australien, Brasilien und anderen Ländern beschäftigen. Ki.

Automobilarbeiter fordern Sicherheit

Arbeitstagung der IG Metall in Wolfsburg

Weniger Beschäftigte in der Metallindustrie

Die Gewerkschaften müßten der Regierung, den Parteien und der Öffentlichkeit ein möglichst geschlossenes Alternativprogramm zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten vorlegen, sagte der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner auf der 5. Arbeitstagung seiner Gewerkschaft für die Automobilindustrie Ende November in Wolfsburg. Die gleiche Forderung erhoben in einer Entschließung auch die über 2000 Delegierten: Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.

Auf die wirtschaftliche Lage eingehend, die sich mit ersten Produktionseinschränkungen auch in der sonst noch gut florierenden Automobilindustrie negativ auswirkt, stellte Brenner fest, daß sich gegenüber der seit Jahren vertrauten Situation der Vollbeschäftigung, des ständigen Produktionsanstiegs und der steigenden Löhne und Gehälter jetzt ein Wandel abzuzeichnen beginne. Die Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie habe binnen Jahresfrist um 73 000 abgenommen, während die der Angestellten noch um 27 000 zugenommen habe. Ende September 1966 habe es 52 Prozent mehr arbeitslose Metallarbeiter gegeben als vor einem Jahr. Immer dringlicher werde die Notwendigkeit einer Ausweitung des Mitbestimmungsrechts der

Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft. Für 1967 erwarte die IG Metall härtesten Widerstand der Arbeitgeber gegen ihre Forderungen. Die Organisation müsse sich darauf einstellen und ihre Schlagkraft erhöhen.

Gegenbesuch

Der erste Besuch einer Abordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei den sowjetischen Gewerkschaften hat nun mehr stattgefunden. Waldemar Reuter und Günter Stephan vom geschäftsführenden Bundesvorstand und die Gewerkschaftsvorsitzenden Wilhelm Gefeller (IG Chemie-Papier-Keramik), Gerhard Vater (Holz und Kunststoffe) und Heinz Vietheer (Handel, Banken und Versicherungen) sowie die Redakteure Horst Helbing („Die Quelle“) und Eugen Stotz („druck und papier“) besuchten in der Zeit vom 14. bis 25. November die Städte Moskau, Leningrad, Baku, Sumgait und Sotschi. Auf dem Programm standen Besichtigungen von Fabriken und sozialen Einrichtungen sowie Diskussionen mit Gewerkschaftern.

Mitglieder der DGB-Delegation haben nach ihrer Rückkehr keinen Zweifel gelassen, daß solche Begegnungen mit kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären nützlich sind. „Die sowjetischen Gewerkschaften sind keine Zwangorganisationen“, stellte Horst Helbing in der „Welt der Arbeit“ vom 2. Dezember fest und zerstörte damit eines der am längsten gehüteten Bilder der Selbstläuscherung. Die Einladung des DGB an den Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften zu einem Gegenbesuch wurde angenommen.

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Wilhelm Gefeller, überreichte der entsprechenden sowjetischen Fachgewerkschaft eine gesonderte Einladung zum Besuch der Bundesrepublik. Neben der Gewerkschaft OTV ist die IG Chemie die zweite Gewerkschaft, die — ebenso wie der DGB — Kontakte zu gewerkschaftlichen Organisationen in der Sowjetunion angebahnt hat. Die Frage, ob die Aufnahme von Beziehungen zwischen Gewerkschaftern beider Länder sinnvoll ist, dürfte nun mehr mit einem eindeutigen Ja beantwortet sein und auch anderen DGB-Organisationen grünes Licht für eigene Initiativen geben.

Horst Helbing kommt in seinem ersten Bericht über die Moskau-Reise zu einer, wenn auch nicht neuen, so doch in DGB-Publikationen bislang vermißten Feststellung: daß man nämlich westdeutsche und sowjetische Gewerkschaftsarbeit nicht ohne weiteres mit dem gleichen Maßstab messen kann, weil die politischen Systeme grundverschieden sind, und daß die sowjetischen Gewerkschafter in den Betrieben so weitreichende Mitbestimmungsrechte haben, daß ohne sie faktisch keine Entscheidungen möglich sind.

Es ist erfreulich, daß der DGB nun in der Sowjetunion zu entdecken beginnt, was er im Prinzip auf deutschem Boden, in der DDR nämlich, noch nicht sehen will. Man darf auf weitere Berichte gespannt sein.

Streik gegen sozialen Abbau

In der Roland-Offsetmaschinenfabrik Faber & Schleicher in Offenbach haben sich über 2000 Arbeiter und Angestellte mit einem Streik erfolgreich gegen den Abbau von Löhnen und Gehältern und von betrieblichen Sozialleistungen zur Wehr gesetzt. Nachdem Mitte November aus der Geschäftsleitung das Gerücht über die Existenz eines Zehn-Punkte-„Sparprogramms“ in Umlauf geriet, dessen Realisierung manchen Facharbeitern bis zu 200 DM Einkommenseinbußen gebracht hätte, forderte die Belegschaft die Annulierung derartiger Pläne. Da die Geschäftsleitung so tat, als wäre nichts, legten drei Viertel der Belegschaft die Arbeit nieder. Nach vier Streiktagen und vergeblicher Drohung mit fristloser Entlassung versicherte die Geschäftsleitung verbindlich, daß an „Sparmaßnahmen“ nicht gedacht sei. Auf eine Maßregelung der Streikteilnehmer mußte verzichtet werden.

Der Streik war einer spontanen Initiative der Belegschaftsmehrheit entsprungen und konnte, wie die Ortsverwaltung der IG Metall Offenbach erklärte, auf Grund der gewerkschaftlichen Friedenspflicht und weil es sich in der strittigen Frage nicht um tarifvertragliche, sondern um betriebliche Vereinbarungen handelte, von ihr nicht unmittelbar unterstützt werden.

Dennoch war natürlich die Sympathie der Gewerkschafter auf Seiten der Streikenden.

Dieses Offenbacher Beispiel verdient besondere Beachtung, weil sich in diesen Wochen und Monaten der konjunkturellen Beruhigung und krisenhafter Erscheinungen vor allem in der Metallwirtschaft viele Betriebsbelegschaften in einer ähnlichen Situation befinden. In zunehmendem Maße versuchen Unternehmer und Geschäftsleitungen, die Folgen ihrer Unfähigkeit zu kontinuierlichem Wirtschaften auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen.

Nicht selten sind die Gewerkschaften in ihrer Bewegungsfreiheit gebunden, weil sich der soziale Abbau auf die nicht tarifvertraglich gesicherten Betriebsvereinbarungen bezieht. In solchen Fällen kommt es entscheidend auf die Betriebsräte und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute an. Die letzten Wochen haben in dieser Hinsicht zwei gegensätzliche Beispiele geliefert: die Zustimmung des Betriebsrates der Maschinenfabrik Wolff-Junior in Bochum zur Lohnminderung um 10 Prozent, woran übrigens die IG-Metall-Ortsverwaltung nicht beteiligt war, und jetzt der spontane, erfolgreiche Abwehrstreik in Offenbach. Dabei durfte ohne Frage das Offenbacher Beispiel das empfehlenswerte sein.

Ki.

Unentdeckte Steuervorteile für Unternehmen

Während sich die Bundesregierung mit der Absicht traut, vor allem durch steuerpolitische Maßnahmen den Arbeitnehmern die ganzen Lasten einer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Rüstungspolitik aufzubürden, sollen die Unternehmer, insbesondere aber die großen Konzerne, wieder einmal ungeschoren davokommen. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Steuerbeamten, Hermann Fredersdorf, sprach in diesem Zusammenhang völlig zu Recht von einem „Betrug am kleinen Mann“ und erklärte: „Die deutsche Steuergesetzgebung befindet sich bereits außerhalb der demokratischen Sphäre.“ Die Steueränderungsgesetze von 1964 und 1965 seien den rund 2 Millionen Selbständigen weit mehr zugute gekommen als den 19 Millionen Steuerzahldern. „Statt in einer Gesamtschau die Wege zu finden und einzuschlagen, die zu einer Steuergesetzgebung aus einem Guß in sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft führen, wird ein Flicken an dem anderen gesetzt.“ Zugleich enthüllt Fredersdorf, daß die Großunternehmen jährlich mindestens 1,2 Milliarden Mark Steuervorteile haben, weil der Betriebsprüfungsdiensst der Finanzämter unterbesetzt

ist. Viele Beamte, die für diese Aufgabe besonders ausgebildet wurden, seien von den großen Unternehmen abgeworben worden.

Die Feststellungen Fredersdorfs sind inzwischen von der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen bestätigt worden. Allein in diesem Bundesland wurden über 100 000 Betriebe wegen Personalmangels noch nie von einem Steuerprüfer besucht.

Die SPD-Fraktion stellte fest, daß beispielsweise die Stadt Dortmund wegen verspäteter Betriebsprüfung erst jetzt — nach 18 Jahren — Gewerbesteuereinträge von einer süddeutschen Firma anfordern konnte. Insgesamt habe Dortmund jahrelang 13 Großfirmen rund 12 Millionen Mark als „zinslosen Dauerkredit“ eingeräumt.

Drei SPD-Abgeordnete richten an die NRW-Landesregierung die Frage, ob es stimme, daß als Folge der unzureichenden Kontrolle seit der Währungsreform mehrere hundert Millionen Mark an Steuern entgangen seien. Unter diesen Umständen wird auch verständlich, warum die großen Gesellschaften — ganz unabhängig von der auf ihre Interessen zugeschnittenen Steuergesetzgebung — zu horrendem wirtschaftlichen Reichtum kommen könnten.

Vertrauenskörper jetzt noch wichtiger

Industriegewerkschaft Metall vor Vertrauensleutewahlen Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer wird schwerer

Die Industrie-Gewerkschaft Metall führt in den nächsten Wochen (Abschluß Ende März 1967) die Neuwahl ihrer Vertrauensleute in den Betrieben durch. Diese betrieblichen Vertrauenskörper der Gewerkschaft, die sich aus den an verschiedenen Arbeitspunkten gewählten Vertrauten der Gewerkschaftsmitglieder und den gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten zusammensetzen, erlangen als gewerkschaftliche Organe im Betrieb immer größere Bedeutung. Vor allem in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation, in der Regierung und Unternehmer gemeinsam bemüht sind, die sozialen und überlieferten Leistungen zu reduzieren, die Arbeitsleistung hochzutreiben und eine gesteuerte Arbeitslosigkeit herbeizuführen.

Aus diesem Anlaß stellt die IG Metall ihre dreimonatige Kampagne zur Durchführung der Vertrauensleutewahlen unter das Motto: "100 Tage Maßarbeit". Damit will die Gewerkschaft versuchen, organisatorische und politische Schwächen in der betrieblichen Arbeit zu überwinden und die Organisationsarbeit den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Nach den Worten von Fritz Strothmann, verantwortlich für Vertrauensleute- und Betriebsrätearbeit im Vorstand der IG Metall, will die IG Metall erreichen, daß 1. in allen Betrieben, in denen Betriebsratswahlen durchgeführt wurden, Vertrauensleute gewählt, 2. in allen diesen Betrieben die Vertrauensleute in Vertrauenskörper zusammengefäßt, 3. im Vertrauenskörper arbeitsfähige Leitungen gebildet, 4. die Vertrauenskörper zu einer im Betrieb wirkenden organisatorischen Einheit zusammengeschweißt werden, 5. die Verbindung zwischen Betriebsrat und Vertrauensleuten weiterhin verbessert wird und 6. Vertrauensleute und Betriebsräte alle Mitglieder zu einer umfassenden Werbeaktion mobilisieren.

Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall, betont in "Metall" vom 18. 10. 1966, daß sich die Bundesrepublik an einer Wende ihrer Nachkriegsentwicklung befindet. Das träfe für die politische wie auch für die wirtschaftliche Situation zu, und Brenner schreibt: „An diesem Wendepunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung müssen die Gewerkschaften dem Abbau der sozialen Errungenschaften mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Wir kämpfen, um sie zu erhalten, und wir werden erst recht kämpfen müssen, wenn wir weitere Fortschritte erzielen wollen.“

In dieser von wirtschaftlicher Stagnation, drohender Arbeitslosigkeit, wachsendem wirtschaftlichen Machtmissbrauch der Unternehmer und verstärkter Diffamierung gewerkschaftlicher Forderungen gekennzeichneten Lage sehen sich die Gewerkschaften vor neue Konsequenzen gestellt: Entweder sich den von der Regierung im Interesse des Monopolkapitals verordneten Maßhalte-Parolen anzupas-

sen oder unter Berücksichtigung der zugespitzten Interessengegensätze mit dem Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel die Interessen der Arbeitnehmer wirksam zu vertreten.

In einer Entschließung der Vertrauensleute- und Betriebsräte-Konferenz der IG Metall, die im September in Karlsruhe stattfand, heißt es:

„Die Delegierten sehen angesichts des weigehenden Versagens der politischen Führungskräfte in der Bundesrepublik in den Gewerkschaften die wichtigste demokratische Kraft, die in der Lage ist, den reaktionären Bestrebungen der Bundesregierung entgegenzutreten, den Lebensstandard und die sozialen Rechte der Arbeitnehmer zu sichern und die verfassungsmäßigen Grundrechte und -freiheiten zu erhalten.“

Diese Situation unterscheidet sich insofern von der bisherigen betrieblichen Praxis, als man sich nun darauf einstellen muß, Erreichtes zu erhalten und neue Erfolge möglich zu machen, indem man sich auf die Kampfkraft stützt. Im Unterschied zur Vergangenheit, wo Betriebsräte und Vertrauensleute sich zumeist mit Arbeitsrecht, Betriebsverfassungsrecht und Tariffragen beschäftigten, um durch Kontrollmaßnahmen die reale Verwirklichung gewerkschaftlicher Erfolge zu bewerkstelligen.

Das wird nun anders. Die IG Metall stellt sich auf das von Regierung und Unternehmern geschaffene frostige soziale Klima ein. Sie geht davon aus, daß die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen eine unabänderliche gewerkschaftliche Pflicht ist, die keineswegs Konflikt-Situationen aus dem Wege gehen kann, da die Konfliktbeziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine objektive gesellschaftliche Ursache hat.

Zwei extreme Beispiele dafür, wie die Interessen der Arbeiter wahrgenommen oder nicht wahrgenommen werden können, sind der Streik in der Maschinenfabrik Faber & Schleicher in Offenbach und die Vereinbarung zwischen Firmenleitung und Betriebsrat der Firma Wolff in Bochum, die eine

10%ige Herabsetzung der Effektivverdiene beinhaltet. Während sich der Betriebsrat der Firma Wolff (es gibt in diesem 400-Mann-Betrieb keinen gewerkschaftlichen Vertrauenskörper) einer demagogischen „Argumentation“ des Firmeninhabers beugte und die Schmälerung des Effektivverdiestes in Kauf nahm, weil die Betriebsleitung gedroht hatte, sonst Arbeitnehmer zu entlassen, streikten in Offenbach 2000 Arbeiter gegen die Kürzung sozialer Leistungen und zwangen die Firmenleitung zum Rückzug.

Um eine Vorstellung davon zu erhalten, wie die örtlichen Organisationen der IG Metall diese Vertrauensleutewahl vorbereiten, befragten wir den 1. Bevollmächtigten einer großen Verwaltungsstelle im Ruhrgebiet. Hier sind seine Vorstellungen:

Die Ortsverwaltung will sehr gründlich über die veränderte Lage und Aufgabenstellung der Gewerkschaft diskutieren, wie es die jüngste Beiratssitzung der IG Metall deutlich machte. Das gleiche soll auf einer Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle geschehen, damit auch allen betrieblichen Funktionären deutlich wird, vor welchen Aufgaben die Gewerkschaft steht, welche Schwierigkeiten zu erwarten sind und welche Solidarität und innergewerkschaftliche Kraftentfaltung daher mobilisiert werden muß, um den Forderungen der Kollegen und Arbeitnehmer gerecht zu werden. Die Ortsverwaltung will die Forderung der IG Metall durchsetzen: Kein Betrieb ohne gewählte Vertrauensleute; kein Betrieb ohne Vertrauenskörper; kein Vertrauenskörper ohne gewählte Leitung. Zu diesem Zweck wird allen Betrieben empfohlen, ein betriebliches Arbeitsprogramm bzw. einen Betriebsplan anzufertigen, der die betriebliche Aufgabenstellung und die organisatorische Planung des Vertrauenskörpers enthält.

Diese Bemerkungen verdeutlichen, daß sich in vielen gewerkschaftlichen Organisationen ein neues Verständnis für die entstandene Lage bemerkbar macht. Der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner hatte dazu auf der besagten Vertrauensleute- und Betriebsräte-Konferenz festgestellt: „Die Gewerkschaften befinden sich in einer besonderen Phase der Auseinandersetzung. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß sich in fast allen Bereichen sichtbare restaurative Tendenzen zeigen. Man kann von einer Art Frontalangriff auf sehr viele Positionen sprechen, die die Gewerkschaften im Laufe ihres langen Kampfes für die Arbeitnehmer errungen haben.“

Auf diese Auseinandersetzung will sich die IG Metall durch eine gute Vorbereitung ihrer Vertrauensleutewahlen gründlich einstellen. Nur in den Betrieben wird es möglich sein, das Gegengewicht gegen den Machtmissbrauch der Unternehmer zu formen, das wirksame Gegenwehr ermöglicht. Heinz Czymek

Ernste Warnung

Die hessischen Unternehmerverbände haben „vorsorglich“ Klage beim Landesverwaltungsgericht gegen die Verfassung des Landes Hessen erhoben. Nach ihrer Ansicht, so geben sie vor, verstößt der Artikel 29 gegen die „Gleichheit“ der Kampfmittel bei Tarifkonflikten. Der Artikel 29 verbietet die Aussperrung von Arbeitnehmern. Nach dem Kriege war diese Bestimmung — im übrigen mit den Stimmen der CDU — in die Landesverfassung aufgenommen worden, um Arbeitnehmer und Angestellte besser gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht schützen zu können. Man hat damit bewußt eine Lehre aus den Vorgängen in der Mitte der zwanziger Jahre gezogen, als vor allem in der Stahlindustrie und im Bergbau die Unternehmer zeitweilig Millionen Arbeiter aussperrten.

Es ist eine alte Diskussion, die um die Gleichstellung von Streik und Aussperrung geführt wird und die seit der Massenaussperrung von Metallarbeitern vor drei Jahren in Baden-Württemberg an Aktualität nichts verloren hat. Das Unternehmerargument ist recht oberflächlich und simpel und erscheint wohl gerade deshalb so vielen Kolporteurs in Presse und Funk, aber auch Arbeitnehmern, als einleuchtend. Es besagt, was für die Arbeitnehmer der Streik sei, das sei für die Unternehmer die Aussperrung.

Aber ist das keine Macht, wenn einer in Privatbesitz hat, was die Allgemeinheit zum Leben braucht: Fabriken, Rohstoffe, Produkte? Wenn den Arbeitnehmern dann der höhere Anteil am steigenden Ergebnis ihrer Arbeit verwehrt wird oder wenn bestehende Leistungen wieder zurückgenommen werden, dann bleibt ihnen nichts als die Arbeitsverweigerung, um der Macht der Besitzenden eine Macht der Besitzlosen entgegenzustellen. Das ist das ganze Einmaleins des Streiks und seiner moralischen Berechtigung.

Es leuchtet ein, daß die Aussperrung, diese gewaltsame Behinderung der Lohn- und Gehaltsempfänger am Brot-erwerb, die Macht der Besitzlosen aufheben und die Übermacht der Besitzenden wiederherstellen soll. Das Verbot der Aussperrung ist im Grunde nichts anderes als ein Teil der Fürsorgeverpflichtung des Staates gegenüber dem sozial Schwächeren.

Wenn die Unternehmer in Hessen, wo dieses Verbot noch besteht, jetzt dagegen Sturm laufen, muß man ihre Handlungsweise offensichtlich im Lichte der Notstandskonzeption der Regierung und der Konjunkturflaute beurteilen. Sie geben damit zu erkennen, was sie im Schilde führen, und für die Arbeitnehmer sollte das eine ernste Warnung sein. Sb.

Bildungsurlaub auf der Tagesordnung

DGB-Forderung an Gesetzgeber und Unternehmer
Moderne Arbeitswelt erfordert ständige Qualifizierung

Nachdem in den letzten Jahren der bezahlte Bildungsurlaub als Forderung Eingang in das Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB gefunden hat, steht seine Verwirklichung jetzt auf der Tagesordnung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im November Grundsätze für die Gewährung eines Bildungsurlaubs veröffentlicht. Eine entsprechende Forderung wurde an den Gesetzgeber und die Unternehmerschaft gerichtet.

Der DGB fordert zehn Arbeitstage, die zusätzlich zum normalen Urlaub gewahrt werden sollen. Für Arbeitnehmer, die mehr als fünf Tage die Woche arbeiten, soll der Bildungsurlaub zwölf Tage betragen. Nach sechsmonatigem Bestehen des Arbeitsverhältnisses hat nach dem DGB-Vorschlag der Arbeitnehmer Anspruch darauf. Der Bildungsurlaub soll nach dem Einkommen in den letzten 13 Wochen vor Urlaubsantritt bezahlt werden.

Diese neue Form des Urlaubs darf, wie es in den Grundsätzen des DGB heißt, nicht zweckentfremdet werden: Bildungsurlaub könnte nur für Zwecke der politischen und beruflichen Weiterbildung bzw. für Fortbildungmaßnahmen für Mitarbeiter der Erwachsenenbildung gewährt werden. Voraussetzung müsse sein, daß die Veranstaltungen, Kurse, Lehrgänge usw. von anerkannten Bildungsträgern durchgeführt würden.

Wie schon in der Vergangenheit, hat die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände jetzt erneut diese Gewerkschaftsforderung abgelehnt. Dafür werden zwei Gründe geltend gemacht, nämlich die angebliche finanzielle Belastung der Wirtschaft und die „Gefahr schematisierender Eingriffe“ in die bereits bestehende Bildungsarbeit, welche den Unternehmern natürlich genügt.

Auf den ersten Blick mag die Forderung: „Zehn Tage zusätzlicher Bildungsurlaub für alle“ als harter Brocken erscheinen. Aber bei nüchternem Hinsehen entpuppt sie sich als erstaunlich harmlos. Selbst wenn alle Arbeitnehmer vom Bildungsurlaub Gebrauch machen würden, käme das lediglich einer Arbeitszeitverkürzung von 1½ Stunden gleich. Aber die Gewerkschaften rechnen damit, daß nur ein Teil ihn beanspruchen wird. Insgesamt dürfte nach sachkundigen Schätzungen die Einführung des zehntägigen Bildungsurlaubs nur einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent entsprechen. Dieser „Trumpf“ der Gegenargumentation sticht also nicht.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände weist in der Ablehnung der DGB-Forderung darauf hin, daß

Kammern, Verbände, Organisationen und Betriebe „eine Fülle von Einrichtungen, Kursen und Lehrgängen“ geschaffen haben. Jeder „schematisierende Eingriff“ in diese Bemühungen, sei es durch den Gesetzgeber oder die Tarifparteien, würde genau das Gegenteil dessen bewirken, so meint die BDA, was beabsichtigt sei. Das ist im Grunde ein erfreuliches Geständnis; denn „beabsichtigt“ ist, wie die Praxis immer wieder zeigt, die Arbeitnehmer nur für die Bedürfnisse des jeweiligen Betriebes auszubilden. Es kommt aber darauf an, die Arbeiter und Angestellten allgemein höher zu qualifizieren, um sie im Berufsleben nicht nur leistungsfähiger, sondern auch unabhängiger von einem Betrieb zu machen.

Diesem Ziel könnte der Bildungsurlaub wesentlich dienen. Vor allem wird eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an der gesellschaftlichen und beruflichen Erwachsenenbildung erforderlich sein. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen eine einmalige Grundausbildung ausreichte, um einigermaßen durchs Leben zu kommen. Im Zeitalter des schnellen technischen Fortschritts sind die Arbeitnehmer gezwungen, sich bis ins hohe Alter hinein ständig weiterzubilden, um mit den Anforderungen im Erwerbsleben Schritt halten zu können. Das darf keine Angelegenheit bleiben, die nebenbei, nach Feierabend, erledigt wird.

Der Bildungsurlaub ist eine gerechtfertigte Forderung, die im übrigen gar nicht so neu ist. Auch die UNESCO und die Internationale Arbeitsorganisation haben vor Jahren schon diese Forderung aufgestellt.

Der DGB hat erklärt, daß er einer bundesgesetzlichen Regelung den Vorrang geben würde, käme sie schnell zustande. Der Anspruch auf den Bildungsurlaub könnte aber auch durch Tarifverträge begründet werden. Es wird also erforderlich sein, solange sich im Bundestag keine Mehrheit für diese DGB-Forderung findet, den Bildungsurlaub tarifvertraglich anzustreben und zu verankern, um einem dringenden Erfordernis der Gegenwart gerecht zu werden.

Probleme der Gesellschaft

Aus Diskussionsreden auf der Konferenz „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“

Wir setzen mit den folgenden Beiträgen den Abdruck von Auszügen aus Diskussionsreden und Referaten fort, die im Juni 1966 auf der von den NACHRICHTEN veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“ in Frankfurt am Main gehalten wurden. Für den interessierten Leser sei vermerkt, daß bisher Diskussionsbeiträge von Heinz Seeger, Prof. Dr. Reinhold, Prof. Dr. Prager, Helmut Schauer, Jacques Kahn, Prof. Dr. Maier, Karl Otto (Nr. 7), Willi Gerns, Lilo Schneider (Nr. 9) und Herrn Schuster (Nr. 10) erschienen sind. Es ist beabsichtigt, nach Abschluß der Vorarbeiten ein Protokoll mit den sehr informativen Referaten und Diskussionen herauszubringen.

Prof. Dr. Reinhold:

Neue Erscheinungen des Kapitalismus

In den letzten Jahren ist in der Arbeiterbewegung, besonders in Westeuropa, eine lebhafte Diskussion entbrannt, die das Ziel verfolgt, die neuen Erscheinungs- und Bewegungsformen des Kapitalismus von heute exakt zu analysieren, um daraus theoretische Schlußfolgerungen für die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung und die Richtung dieses Kampfes abzuleiten. Ein wesentlicher Beitrag zu dieser Diskussion wurde mit dem Buch „Imperialismus heute“ (Dietz-Verlag GmbH, Berlin) versucht.

Bei dieser Diskussion müssen wir davon ausgehen, daß in der Nachkriegszeit für die Entwicklung des Kapitalismus eine Reihe neuer Existenzbedingungen entstanden sind, die sich auf das Wirken der ökonomischen Gesetze sowie die Bewegungsformen der Widersprüche auswirken und darüber hinaus zu vielen neuen Erscheinungen geführt haben. Eine dieser neuen Existenzbedingungen ist offensichtlich das Vorhandensein eines sozialistischen Weltsystems, das sich im Weltstreit mit dem Kapitalismus befindet. Dieser Weltstreit zwischen Kapitalismus und Sozialismus beeinflußt alle wesentlichen Entscheidungen der imperialistischen Mächte. Aus diesem Weltstreit heraus wird der Versuch unternommen, die Kräfte gegen das sozialistische Lager zu koordinieren und neue Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaft in einem schnelleren Tempo zu entwickeln.

Eine weitere neue Existenzbedingung ist auch der Vollzug der technischen Revolution. Wenn man allein diese Tatsachen nimmt, ergeben sich daraus viele ökonomische und politische Probleme, darunter eine Anzahl, deren Lösung den Rahmen des Privateigentums an Produktionsmitteln übersteigt. Dabei sind nur zu erwähnen die Probleme der Forschung und Entwicklung, der Investitionstätigkeit, der Finanzierung der modernen Technik, der Entwicklung und Lenkung der Märkte und der internationale Zusammenarbeit. Diese können schon nicht mehr von den einzelnen kapitalistischen Unternehmen und oft nicht einmal von den großen Konzernen gelöst werden, sondern es wird immer notwendiger, den Staat in die ökonomische Tätigkeit einzubeziehen. An und für sich ist dies ein Merkmal dafür, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus objektiv auf der Tagesordnung steht, das heißt eine gesellschaftliche Lenkung und Leitung der entscheidenden wirtschaftlichen Prozesse.

Die erste Schlußfolgerung, die wir aus der Analyse dieser neuen Existenzbedingungen ableiten, ist die These, daß der imperialistische Staat heute zu einem eigenen ökonomischen Faktor geworden ist, ohne den der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß nicht mehr vor sich gehen kann. Fast die Hälfte des Nationaleigentums der Bundesrepublik

wird heute über Steuern und Abgaben in den Händen der verschiedenen Haushalte konzentriert. Nach offiziellen Angaben betragen die gesamten Staatsausgaben aller Haushalte und aller staatlichen Einrichtungen im Jahre 1965 165 Milliarden DM. Ein wachsender Teil der Investitionen wird damit entweder direkt staatlich finanziert oder mit Hilfe staatlicher Maßnahmen gelenkt. Die Mittel, die der Staat für Forschungszwecke ausgibt, wachsen ständig. Bestimmte Formen der Planung, der Programmierung oder wie immer man es bezeichnen will, entwickeln sich weiter. Der Staat wird von den Monopolen nicht mehr nur benutzt, um nachträglich bestimmte Widersprüche zu mildern, sondern den Reproduktionsprozeß von vornherein zu organisieren. Diese Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, hat sich dabei außerordentlich beschleunigt und eine neue Stufe erreicht.

Die zweite Schlußfolgerung, die daraus zu ziehen ist, besteht darin, daß die Entwicklung gewisser Konzerngruppen, ihres Profites und ihrer ökonomischen Macht, immer mehr davon abhängt, in welchem Maße sie den Staat direkt beherrschen. In der Literatur der Bundesrepublik wird festgestellt, daß die Höhe der Profite und viele andere Faktoren, die die Entwicklung einzelner Konzerne und Konzerngruppen bestimmen, wesentlich von staatlichen Entscheidungen bestimmt werden, wie zum Beispiel Entscheidungen über die Höhe und den Umfang der Subventionen und über die Kreditbedingungen. Wir haben einmal ein Wechselverhältnis, in dem der Einfluß der Konzerne und Monopole auf den Staat und seine Politik begründet ist in ihrer ökonomischen Macht. Aber unter diesen neuen Bedingungen gibt es zugleich auch die Wechselwirkung, daß die ökonomische Macht einer einzelnen Konzerngruppe immer stärker dadurch bestimmt wird, wie unmittelbar sie speziell den Staat, seine Institution, seine Politik beherrscht. Der Konkurrenzkampf um den direkten und vollständigen Einfluß auf den Staat und seine Politik ist zu einer wichtigen Frage des modernen Kapitalismus geworden. Aber nicht nur die Entwicklung der Monopole und Konzerngruppen wird durch diese neuen Erscheinungen wesentlich beeinflußt, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Angestellten sowie der Bauern und vieler anderer Werktäglichen wird in neuer Weise von staatlichen Entscheidungen beeinflußt, insbesondere von wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Die dritte Schlußfolgerung ist, daß der eine immer größere Rolle spielt, der unter diesen neuen Bedingungen den Staat beherrscht und seine Politik bestimmt. Hier werden die Probleme einer echten Demokratie aufgeworfen und immer mehr zu einer Schlüsselfrage im Ringen der modernen Arbeiterbewegung und der anderen, nicht monopolistischen Kräfte. Nachhaltige Erfolge im ökonomischen und sozialen Kampf können darum auf die Dauer nur erzielt werden, wenn dieser mit dem Ringen um die Veränderung der politischen Machtverhältnisse unmittelbar verbunden wird. Natürlich wirkt die Verteilung des Sozialproduktes und des Staatshaushaltes nicht nur allgemeinpolitische Fragen auf, sondern sie übt auch einen unmittelbaren Einfluß auf die Höhe der Profite der Konzerngruppen und auf die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik überhaupt aus.

Unter diesen Bedingungen ergibt sich daher für Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler und alle anti-monopolistischen Kräfte die Frage, wie ein wirksamer demokratischer Einfluß auf die Gestaltung der Politik erreicht werden kann. Besonders für Arbeiter und Angestellte wird, wie gesagt, das Ringen um Demokratie zu einer Schlüsselfrage. Deshalb glauben wir (die Verfasser des Buches „Imperialismus heute“) — das ist eine unserer Thesen —, daß unter diesen Bedingungen die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit, die Verbindung der ökonomischen und sozialen Forderungen mit dem Ringen um Einfluß auf die Politik des Staates eine Gesetzmäßigkeit des heutigen Kapitalismus ist. Die Forderung nach einer Ausweitung der Mitbestimmung, nach Ausweitung der Demokratie und das Drängen des Monopolkapitals entgegengesetzt nach ihrem Abbau, ist nicht subjektiv bedingt, sondern entspringt der objektiven Lage, aus den neuen Erscheinungen des heutigen Kapitalismus.

Das heißt, hier vollzieht sich ein objektiver Prozeß, ein Prozeß, der im Grunde ausgelöst wird von der technischen Revolution. Daher die entscheidende Frage, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger und ihre Gewerkschaften einen ausreichenden Einfluß erlangen. Die technische Revolution macht besondere Maßnahmen in der Planung und Programmierung notwendig. Aber notwendig ist für die Arbeit der Gewerkschaften offensichtlich, diesem Programmierungsprogramm der Monopole ein eigenes Programm entgegenzustellen.

Daraus ergibt sich schließlich die vierte Hauptthese, daß nämlich unter diesen neuen Bedingungen der Kampf um Demokratie zu einer komplexen Frage geworden ist, die in der Politik und auf dem Gebiet der Wirtschaft gelöst werden muß. Aus der Verquickung der ökonomischen und politischen Macht unter den heutigen Bedingungen des modernen Kapitalismus kann nur die Einheit des Kampfes um politischen und ökonomischen Einfluß in den Monopolen und Konzernen und den überbetrieblichen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu demokratischen Positionen führen, die es gestatten, die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger durchzusetzen.

Zusammenfassend ist noch einmal zu unterstreichen: Wir Marxisten sind vom Sieg des Sozialismus fest überzeugt. Viele Probleme, die mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenhängen, sind im Grunde eine Bestätigung dieser Notwendigkeit. Zugleich aber lassen sich Marxisten nicht von irgendwelchen Wunschvorstellungen leiten, sondern gehen von der gesellschaftspolitischen Situation des heutigen modernen Kapitalismus aus. Sie leiten aus den neuen Bedingungen ab, daß zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Sozialismus eine Etappe liegt, die man als anti-imperialistische Demokratie bezeichnen könnte. Ihr wesentliches Kennzeichen besteht darin, daß, ausgehend vom Grundgesetz, demokratische Veränderungen vollzogen werden müssen, die der Mehrheit der Gesellschaft, den Lohn- und Gehaltsempfängern, den Wissenschaftlern und den Bauern, einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse sichern.

Dr. Hemberger:

Verschiedene Aspekte der Rüstung

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die Rüstung eine Form riesiger Verschwendungen darstellt, die, auf lange Sicht betrachtet, das wirtschaftliche Wachstum stark beeinträchtigt und schließlich hemmt. Es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß durch die Rüstung zeitweilig Multiplikationseffekte in der Wirtschaft auftreten können, die ein gewisses wirtschaftliches Wachstum stimulieren. Wenn man diese Frage der Rüstung in der Bundesrepublik und ihre Folgen für das wirtschaftliche Wachstum behandelt, so ist das ein kompliziertes Problem, weil es gegenüber den anderen Industrieländern, wie z. B. den USA, Großbritannien oder auch Frankreich, eine Reihe von Besonderheiten und Unterschieden gibt. Diese Tatsache kann nicht den Blick dafür trüben, daß auch in der Bundesrepublik die Verhältnisse immer „amerikanischer“ werden. Man kann aus militärischen Plänen schlüffoltern, daß bis zum Jahre 1970 die direkten Rüstungsausgaben aller Wahrscheinlichkeit nach auf dreißig Milliarden DM anwachsen werden.

Es gibt aber bei der Behandlung der Auswirkungen der Rüstung auf das wirtschaftliche Wachstum eine ganze Reihe Probleme. Ich habe immer den Eindruck, daß wir die Frage der Rüstung noch sehr vom konventionellen Standpunkt aus behandeln, also vom Standpunkt der Begriffsprägung, wie wir sie anhand der Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkrieges besitzen.

Mit der technischen Revolution geht eine militärische Revolution einher. Die Anforderungen des Militärwesens an die Wirtschaft wachsen im ungeheuren Maßstab an. Als Beispiel hierfür sei nur erwähnt, daß die Versorgungseinrichtungen der Bundeswehr zwei Millionen der verschiedensten

Artikel planen. Ein modernes Kaufhaus führt in der Regel nur 30 000 bis 40 000 Artikel. Bei den militärischen Anforderungen geht es hierbei heute nicht allein um Waffen oder Waffensysteme. Eine Vielzahl von anderen Produktionsmitteln und Konsumgütern ist erforderlich, um eine moderne Armee aktionsfähig zu halten. Hinzu kommt, daß unter diesen Bedingungen des technischen Fortschritts eigentlich auch mehr und mehr die Grenzen zwischen der unmittelbaren und direkten Rüstungsproduktion und der zivilen Produktion verschwinden. Diese Grenzen sind heute äußerst fließend geworden. Hinzu kommt auch noch, daß daneben weite Bereiche der Infrastruktur ebenfalls eine große militärische Bedeutung erlangt haben. Das geht bis hinein in das Bildungs- und Gesundheitswesen.

Aus diesem Grund ergibt sich das Problem, ob unsere Vorstellungen und unsere Begriffsbestimmungen über Rüstung und Rüstungswirtschaft, die ja mehr oder weniger geprägt worden sind aus den Erfahrungen der zurückliegenden Zeiten, heute noch ausreichen, um die Wirkung der Rüstung auf die Wirtschaft und auf das wirtschaftliche Wachstum zu erfassen.

Eine andere Erscheinung, die eng mit dem technischen Fortschritt zusammenhängt, der zu einer raschen Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität geführt hat, ist die

„Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“

Beiträge zur Diskussion um Bewegungsformen und Perspektive der kapitalistischen Gesellschaft.

Herausgegeben von Heinz Seeger, 799 Friedrichshain, Erlenweg 3/9.

88 Seiten, 3,00 DM.

Tatsache, daß die Grenzen für die Belastung einer Volkswirtschaft durch die Rüstung elastischer geworden sind. Es ergeben sich daraus auch ganz bestimmte Konsequenzen für den ganzen Problemkreis der sozialen Folgen der Rüstung. Aus der Zeit des ersten und zweiten Weltkrieges wissen wir, daß eine Rüstungswirtschaft in der Regel sofort und schnell zu einem raschen Abbau des sozialen Lebensstandards geführt hat. Heute erleben wir, daß die Rüstung aufgeblättert wird, aber daß dies nicht in dem gleichen Tempo zu einem Abbau des Lebensstandards führt. Daraus ergeben sich eine ganze Reihe von bestimmten Schlußfolgerungen, wie und in welcher Weise sich z. B. die Gewerkschaften gegenüber der Rüstung verhalten müssen. Es gibt keine Trennung mehr zwischen einer Wirtschaftspolitik im Interesse der Rüstung oder einer, die friedliche Zwecke verfolgt.

Wir sehen, daß sich auch in der Bundesrepublik ein hemmender Effekt der Rüstung zeigt. Es gibt z. B. die interessante Feststellung Vernals, daß die friedliche Nutzung der Atomenergie durch die militärische Forschung auf diesem Gebiet um mindestens zehn Jahre verzögert worden ist. Hier zeigt sich die Verschwendungen und Vergeudung von Produktivkräften durch die Rüstung. Gewiß treten bei der Forschung für die Rüstung natürlich auch viele Nebenprodukte auf, die zivil nutzbar gemacht werden können, aber man muß doch die Frage stellen, was ist das eigentlich für eine Gesellschaftsordnung, die die Entwicklung der Wissenschaft und Technik im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts und der Hebung des Lebensstandards als ein Nebenprodukt betrachtet? Wenn der technische Fortschritt in dieser verzerrten Art und Weise nur zugunsten des Militärwesens entwickelt wird und der technische Fortschritt im zivilen Sektor verarmt, dann bedeutet das, daß ein wichtiger Wachstumsfaktor doch in seiner allseitigen Wirkung gehemmt wird.

An diesen wenigen Beispielen wird deutlich, daß in der Bundesrepublik die Rüstung nicht zur wirtschaftlichen Stabilität, sondern — auf lange Sicht betrachtet — zu einer erhöhten wirtschaftlichen Labilität führt.

Arbeitslosenunterstützung ungenügend

DGB fordert: zwei Drittel vom letzten Arbeitsverdienst

Bonn belastet Arbeitslosenversicherung mit Fremdaufgaben

Krise und Konjunkturrückgang in vielen Zweigen der Wirtschaft haben die Zahl der Arbeitslosen steigen lassen. Vor allem für ältere Arbeiter und Angestellte ist es schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wenn sie ihr bisheriger „Sozialpartner“ auf die Straße gesetzt hat. So ist eine wachsende Zahl von Arbeitnehmerfamilien auf das Arbeitsengeld zur Bestreitung seiner Lebenshaltung angewiesen.

In den Jahren der geringen Arbeitslosigkeit hat sich bei der Arbeitslosenversicherung im „Sabelturm“ ein statliches Vermögen von mehr als sechs Milliarden DM angesammelt. Bonn hat sich in der Vergangenheit allen Forderungen, den Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung zu senken, widersetzt. Seit dem 1. Oktober dieses Jahres sind die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung durch die Erhöhung der Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze von bisher 750 DM auf 1300 DM im Monat noch beträchtlich gestiegen.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind jedoch, trotz jährlicher Mehreinnahmen von 400 Millionen DM, durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, nach wie vor unzureichend. Das Arbeitslosengeld beträgt nur 40 Prozent des durchschnittlichen letzten Arbeitsverdienstes bis zur Höhe der Bemessungsgrenze, d. h. im Höchstfall 520 DM im Monat. Notwendig wäre es daher jetzt, die Anstrengungen für die Verwirklichung der Forderung des DGB-Aktionsprogramms zu verstärken, das Arbeitslosengeld auf mindestens zwei Drittel des letzten Arbeitsverdienstes zu erhöhen. Das sind die Gewerkschaften den jetzt arbeitslos gewordenen Kolleginnen und Kollegen schuldig.

Die Gewerkschaften werden dabei allerdings auf den erbitterten Widerstand der Regierenden in Bonn stoßen, die offensichtlich die Einnahmen und Mittel der Arbeitslosenversicherung ebenso als Reserven und zusätzliche Geldquellen für den Rüstungshaushalt betrachten, wie die der Rentenversicherung.

So soll die Arbeitslosenversicherung im Rahmen des „Haushaltsausgleichs“ für 1967 mit 463 Millionen DM Ausgaben für fremde Aufgaben belastet werden und damit den Bundeshaushalt um diese Summe entlasten:

Mill. DM

Übernahme von Fürsorgeleistungen (Arbeitslosenhilfe)	29
Übernahme von Mutterschaftsleistungen	330
Übernahme von Maßnahmen zur Fortbildung der Mittelschichten	54
Aufwendungen für das Leistungsförderungsgesetz	50

Außerdem aber sieht das sogenannte Stabilisierungsgesetz vor, daß die Arbeitslosenversicherung verpflichtet werden soll, auf Verlangen der Bundesbank bis zu einem Drittel ihrer Rücklagen — also mehr als zwei Milliarden DM — bei dieser zwangsweise als „Konjunkturreserve“ zu hinterlegen. Auf diese Weise will sich Bonn die Handhabe schaffen, Milliardenbeträge der aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten angesammelten Reserven der Arbeitslosenversicherung für seine Rüstungspolitik zu mobilisieren.

Die Gewerkschaften sollten diesem massiven Angriff auf die Gelder der Arbeitslosenversicherung energisch entgegentreten und statt dessen eine Erhöhung ihrer Leistungen durchsetzen. Noch kann der dritte Raubzug auf die Gelder der Sozialversicherung, der von den Herrschenden in Deutschland in diesem Jahrhundert gestartet wird, gestoppt werden. A.B.

Landesversicherungsanstalt in Zahlungsschwierigkeiten

Die letzten Rentenauszahlungen der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen haben nur mit Mühe aufgebracht werden können. Die LVA hat zwar sehr sichere langfristige Investitionen getätigt, die Rückflüsse daraus genügen aber nicht, um die Zahlungsverpflichtungen der LVA sicherzustellen. Und Wertpapiere können zur Zeit nur mit großen Verlusten veräußert werden. Diese alarmierende Mitteilung machte der Erste Direktor der LVA Oldenburg-Bremen auf einer Veranstaltung des DGB Bremen für Betriebsräte und Vertrauensleute.

Gewerkschaftskonferenz der RGW-Länder in Moskau

In Moskau fand im Oktober eine Konferenz der Gewerkschaftsführungen der Länder statt, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossen sind, also der Gewerkschaftsführungen der Sowjetunion, der sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas (ohne Albanien)

und der Mongolei. Aus der DDR war eine Delegation unter Leitung des FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke an der Konferenz beteiligt, an der auch die jugoslawische Gewerkschaftsführung mitarbeitete. Eine Delegation des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), geleitet von Sekretär Louis Padilla, nahm als Beobachter teil.

Die Zusammenkunft diente dem gewerkschaftlichen Erfahrungsaustausch, der Präzisierung und Publizierung allgemein-politischer Forderungen und der Konzipierung eines europäischen allgemeinen Gewerkschaftstreffens.

Beim Erfahrungsaustausch der Gewerkschaftsführungen der RGW-Länder und Jugoslawiens wurden u. a. folgende Themen besprochen: Maßnahmen bei der Modifizierung der wirtschaftlichen Planung, verstärkte ökonomische Stimulierung der Produktionsgestaltung, schöpferische Initiative der Arbeiter und Angestellten, Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, breite Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der Produktion, Gemeinsamkeiten und spezifische nationale Besonderheiten in der jetzigen Entwicklungsphase der sozialistischen Gesellschaft. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Gewerkschaften zusehends größer werde.

Das Vietnamproblem und die deutsche Frage waren Gegenstand der politischen Beratungen und Forderungen. Die Konferenz verurteilte die US-amerikanische Intervention in Vietnam als Gefahr für den Weltfrieden und unterstützte die Vorschläge der Demokratischen Republik (Nord-)Vietnam sowie der Befreiungsfront in Südvietnam zur Beendigung des Konflikts. Die Konferenz wandte sich weiter gegen die Bestrebungen der Bundesregierung nach atomarer Mitbeteiligung und Grenzrevision und forderte verstärkte gewerkschaftliche Aktivität gegen diese Tendenzen. Die Konferenz unterstützte die Vorschläge zur europäischen Sicherheit, die der politische beratende Ausschuß der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes publiziert hatte.

Drittes Thema der Beratungen war der Vorschlag, ein europäisches Gewerkschaftstreffen durchzuführen. Im amtlichen Kommuniqué heißt es dazu: „Die Delegationen der Gewerkschaften, die an der Beratung teilgenommen haben, unterstützen alle fortschrittlichen Initiativen, die auf die Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt gerichtet sind, und befürworten die Einberufung eines diesen Zielen dienenden gesamt-europäischen Treffens der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen.“ Konkrete Einzelheiten der Planung und Vorbereitung liegen noch nicht vor. Jedoch ist anzunehmen, daß die Gewerkschaften der RGW-Länder und Jugoslawiens die Initiative ergreifen werden, diesen Plan zu realisieren. (MS)

Fragen an den Kollegen Kluncker

In der „Welt der Arbeit“ vom 11. November wurden Auszüge einer Rede des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker veröffentlicht, die dieser vor Bundeswehrsoldaten gehalten hat. Ich erachte es als selbstverständlich, daß die Gewerkschaft ÖTV die Interessen der Bundeswehrsoldaten vertritt. Es erhebt sich allerdings die Frage, ob es den Interessen dieser Soldaten, der ÖTV und des DGB dient, wenn grundlegende gewerkschaftliche Prinzipien in Frage gestellt werden.

Was soll man von folgenden Formulierungen halten: „Die Gewerkschaft wird keinem die Tür verschließen, weil er Atomwaffen ablehnt. Aber wenn die Gewerkschaft durch ihn zum Anti-Atom-Club werden soll, verweigert sie ihm die Gefolgschaft.“

Werden hier die Dinge nicht auf den Kopf gestellt? In der Präambel des DGB-Grundsatzprogramms heißt es: „Die Gewerkschaften fordern die Achtung und das Verbot der Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.“ In der Entschließung 3 des letzten DGB-Kongresses heißt es: „Der 7. ordentliche Bundeskongreß des DGB ... fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten.“

Die Haltung des DGB ist also eindeutig: Der DGB lehnt Atomwaffen ab, und er muß dem die Gefolgschaft verweigern, der für Atomwaffen eintritt. Offensichtlich trägt der Kollege Kluncker das Grundsatzprogramm und wichtige gewerkschaftliche Willensbekundungen „nicht unter dem Arm“.

Nehmen wir eine andere Formulierung Klunkers: „Ich sehe keinen Widerspruch darin, daß die Gewerkschaft ÖTV gleichzeitig um die Beruflsoldaten wirbt, Ostkontakte knüpft und Bedingungen für eine Notstandsgesetzgebung stellt.“

Seit wann stellt denn der DGB Bedingungen für die Notstandsgesetzgebung? Er lehnt Notstandsgesetze ab. Der 7. DGB-Kongreß bekräftigte die auf dem 6. DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Beschlüsse zur Notstands- und Notdienstgesetzgebung. In dem damals angenommenen Antrag A 10 heißt es: „Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab.“

Bedingungen wollten die Initiatoren des Initiativantrages 10, Georg Leber und Freunde, auf dem 7. Bundeskongreß stellen. Der DGB-Kongreß ist ihnen ebensowenig gefolgt wie der Vorstand der ÖTV den Anregungen Klunkers, in der Notstandfrage im Prinzip auf den von Leber vertretenen Kurs zu schwenken.

Wenn die ÖTV den gewerkschaftlichen Auftrag erfüllen will, dann muß sie dafür sorgen, daß in der Bundeswehr ein friedlicher und demokra-

tischer Geist herrscht. Der Geist des Militarismus ist erst dann überwunden, wenn auch in der Bundeswehr Ziele verfolgt werden, die mit der von den Gewerkschaften formulierten Politik übereinstimmen. Es entspricht daher einer wirklichen Vertretung der Interessen der Bundeswehrsoldaten, sie zu gewinnen für den Kampf gegen Atomwaffen und gegen die Notstandsgesetze.

Wenn Kollege Kluncker erklärt, daß die ÖTV kein Mitglied ihrer Fachgruppe Soldaten auffordern wird, Aktionen gegen die Notstandsgesetze zu unterstützen, so widerspricht dies den Gewerkschaftsbeschlüssen. Es hilft auch nicht den Soldaten, die auf dem Boden der Gewerkschaften stehen, in der Bundeswehr für Frieden und Demokratie und gegen das militaristische Obrigkeitsdenken zu kämpfen.

Aufgabe der Gewerkschaften ist doch gerade, dafür zu sorgen, daß die Soldaten der Bundeswehr nicht für antidemokratische und Friedensgefährdende Abenteuer mißbraucht werden. Kollege Kluncker sollte nicht dazu beitragen, die klaren Beschlüsse des DGB in Frage zu stellen.

Fritz Br., Reutlingen

Die Solidarität nicht vergessen!

Wie jedes Jahr zu den Weihnachtsfeiertagen und vor der Silvesternacht, wird auch dieses Jahr wieder der biedere Bürger durch seine Hauszeitung und das Fernsehen über alle jene brauen Miltmenschen unterrichtet werden, die, während er — der biedere Bürger — sich der Geruhsamkeit und den Genüssen der Festlichkeit hingibt, für sein Wohlergehen sorgen: die Gas- und Elektrizitätswerker, die Straßenbahn- und Zugführer und die Matrosen und Kapitäne, die sich gerade auf hoher See befinden. Und dann wird man an jene einsamen alten Menschen in den Altersheimen und die Kleinen in den Waisenhäusern erinnern, die keine Angehörigen mehr haben, mit denen sie sich zusammenfinden können.

Das ist gut so, diese Besinnung auf menschliche Werte in einer hektischen, schnellen Zeit. Aber man wird in allen diesen rührenden Berichten kaum ein Wort des Gedenkens an jene finden, die zur gleichen Zeit in den Haltzellen bundesdeutscher Gefängnisse sitzen, weil sie gegen die offizielle Politik monierten. Sollte bei uns jemals von politischen Gefangenen

geschrieben oder gesprochen werden, dann selbstverständlich von denen „in der Zone“. Die eigenen werden schamhaft, konformistisch, staatsloyal und leise verschwiegen.

Man ist immer wieder erstaunt, wie wenige Bundesbürger, trotz etwa 600 000 politischer Ermittlungsverfahren seit 1949 und einiger tausend Inhaftierter in dieser Zeit, unterrichtet sind, daß bei uns Menschen wegen einer Gesinnung, die der Staatsmacht nicht paßt, in Gefängnissen sitzen. Das sind doch alles Kommunisten, meinen jene, die schon mal von solchen Häftlingen gehört haben. Weit gefehlt! Längst hat die politische Justiz ein solches Eigenleben entwickelt, daß sie auch vor Nichtkommunisten nicht halt macht.

Auch an jene sollten wir denken, jetzt vor den Feiertagen. Es sind zumeist Menschen, die den Krieg hassen, die Notstandsgesetze ablehnen, für eine Annäherung der beiden Deutschlands eintraten, die Rüstungspolitik verurteilen und die soziale Sicherheit garantieren wollen. In jedem Falle haben sie dies nicht nur fromm gewünscht, sondern aktiv dafür etwas getan, weshalb sie hinter Gitter verschwanden. Sie haben es verdient, daß wir, die wir draußen sind, sie nicht vergessen, daß wir mit ihnen besonders in diesen Tagen ideelle und materielle Solidarität üben. Wir sollten von der neuen Regierung eine generelle Amnestie für diese tatkräftigen Mitmenschen verlangen, die häufig schon unter Hitler nicht geschwiegen haben.

Waltraut W., München

Notwendige Richtigstellung

Zu dem in der Novemberausgabe erschienenen Kommentar zur DGB-Erklärung mit dem Titel „Rentenversicherung kein Elatreservoir“ sind zwei kritische Bemerkungen zu machen: Erstens ist es nicht richtig, im Zusammenhang mit den Bundeszuschüssen zur Rentenversicherung von „Kriegsopfersversorgung“ zu sprechen. Es handelt sich hier um Kriegsfolgelasten. Die Kriegsopfersversorgung hat mit der Rentenversicherung überhaupt nichts zu tun.

Zweitens ist es nicht richtig, wenn die Gewährung der Sonderzuschüsse bei der Rentenreform 1957, durch die allein auch die kleinen Renten um diesen Mindestbetrag erhöht wurden, als „politisch begründeter Beschuß“ disqualifiziert wird. Natürlich lag der Tatsache, daß die Sonderzuschüsse vor den Bundestagswahlen beschlossen wurden, eine bestimmte Absicht zugrunde. Zugleich war der Beschuß aber auch eine Konzession der Bonner Regierung an den von den Gewerkschaften vertretenen Solidaritätsgedanken.

Arthur B., Bremen

■ 6.—7. Dezember

Arbeitstagung des DGB in Bonn über die Auswirkungen der Automation auf die Angestellten

■ 10. Dezember

Außerordentlicher Landesparteitag der SPD West-Berlin

■ 10. Dezember

Tag des Protestes gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam

Gestiegene Baukosten

In diesem Jahr sind die Baukosten je Wohnung nach Angaben der in Bonn ausgelieferten „Hausbau-Informationen“ für die privaten Bauten um 9 Prozent angestiegen. Die Baukosten je Wohnung bei den Wohnungs- und Siedlungsgeellschaften haben um 6 Prozent zugenommen.

Vermögen der

Rentenversicherung 26,1 Mrd. DM

In unserem Beitrag in der November-Ausgabe, „Hohes Vermögen — niedrige Renten“ betitelt, ist ein Fehler enthalten, den wir berichtigen möchten: Das Vermögen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten allein betrug Ende 1965 26,1 Milliarden DM — und nicht, wie es in dem Artikel hieß, 21,1 Milliarden DM. Davon waren mit 14,5 Milliarden DM 55,6 Prozent in der Verfügung der öffentlichen Hand.

„Franz Josef Strauß“

Dieser Name und dieser Mann spielen jetzt wieder in der bundesdeutschen Politik eine maßgebliche Rolle. Wer ist dieser Mann? Ein Lebensbild mit allen Affären, Verbindungen, Hintergründen (auch Starfighter, Fibag und Spiegelaffäre) projiziert das Buch „Franz Josef Strauß“ von Hans Frederik, zu beziehen beim Verband der Kriegsdienstverweigerer, 605 Offenbach, Postfach 648; das Buch hat 293 Seiten und kostet 10 DM, statt 19,80 DM Ladenpreis.

Zu guter Letzt:

„Zum Maßhalten reicht's“, schreibt die Deutsche Volkszeitung und stellt fest, daß der abgetakelte Bundeskanzler Erhard eine Pension in Höhe von rund 6500 DM monatlich erhält, nachdem er während seiner Amtszeit ein Monatsgehalt plus Aufwandsentschädigung von 10 822,75 DM kassieren konnte.

Unter den Gewerkschaftern in der Bundesrepublik gibt es keinen Zweifel über die Gefährlichkeit des Rechtsradikalismus und insbesondere über das Anwachsen der neofaschistischen NPD, wie es sich so gefährlich bei den Wahlen in Hessen und Bayern gezeigt hat. Vor dieser Gefahr den Kopf in den Sand stecken hieß nicht nur die Demokratie, sondern auch die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer in sträflichem Leichtsinn aufs Spiel zu setzen.

Mit Recht hat der 7. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes die ersten Konsequenzen gezogen und die Zugehörigkeit zur NPD mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft als unvereinbar erklärt. Er hat des weiteren das Verbot der NPD sowie Maßnahmen der Bundesregierung gegen den Rechtsradikalismus verlangt. Die Demonstrationen gegen die rechtsradikalen Umlaube in Karlsruhe und einer Anzahl anderer Städte haben gezeigt, daß die Gewerkschafter auch zu Aktionen bereit sind, und das ist gut und notwendig. Ob es aber nach den Erfahrungen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern noch genügt, muß bezweifelt werden.

In einer Stellungnahme des DGB zu den Wahlen in Hessen hieß es u. a., daß „es die Pflicht aller demokratischen Parteien und Institutionen ist, aus dem Vordringen rechtsradikaler Kräfte sofort die Konsequenzen zu ziehen“. Zu diesen Konsequenzen gehören aber nicht nur organisatorische und juristische Maßnahmen, sondern auch das Erkennen der tieferen Ursachen des Rechtsradikalismus und seiner Gefahren für Freiheit und Demokratie. Es gehört dazu, sich klar darüber zu werden, auf Grund welcher objektiven Situationen der Nationalismus wieder nach oben geschwemmt wird und warum gerade in unserer Zeit Wähler, besonders junge Wähler, auf die nationalistischen Propagandaphrasen der NPD hereinfielen.

Zweifellos sind die aktuellen Ursachen für das Vordringen des Rechtsradikalismus mit der Bonner Regierungskrise im Zusammenhang zu sehen. Aber es sind nicht „schwindendes Staatsbewußtsein“ und wirtschaftliche Schwierigkeiten allein, die diese Entwicklung begünstigen, vielmehr ist es die Tatsache, daß die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in eine Sackgasse geraten ist. Anstatt aber das Versagen ihrer Politik einzusehen, versuchen CDU und CSU, die seit Adenauer die Bundesrepublik beherrschten, weiter von der Gefahr durch den Osten zu reden. Damit werden die nationalistischen Emotionen hochgespielt. Es kommt, um mit Prof. Sontheimer von der Freien Universität Berlin zu sprechen (Zeitschrift „Tribüne“ Nr. 18), ein Prozeß in Gang, der den Nationalismus, gleich welcher Observanz, fördert und den man nicht mehr nach Belieben zurückzuschrauben kann.

Nun haben gewiß auch die zunehmenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und die damit verbundenen Folgen wie Kurzarbeit, Entlassungen, Sorge um den Arbeitsplatz und um die wirtschaftliche Existenz, Auswirkungen auf die Wahlentscheidungen in Hessen und Bayern gehabt. Wir wissen aus geschichtlicher Erfahrung, daß Millionen Arbeitslose ebenso wie in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohte Kleinbürger ein guter Nährboden für nationalistische Hetze und antidemokratische Parolen bedeuten können. Es ist falsch, anzunehmen, daß wirtschaftliche Mißstände und soziales Elend ausschließlich den linken politischen Kräften zugute kämen. Die auf Verlangen der Banken- und Industriemonopole in der Bundesrepublik geforderte industrielle Reservearmee wirkt sich darum als eine Hilfestellung für den Rechtsradikalismus aus. Die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die gegenwärtige Depression in der Wirtschaft energisch zu bekämpfen. Daß sie es ernst meinen, beweisen die von der IG Metall unterbreiteten Vorschläge, wie man den Haushalt von heute auf morgen in Ordnung bringen und die Kaufkraft der Deutschen Mark stabilisieren kann. Sie fordert u. a. einschneidende Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Rüstung, die Streichung wirtschaftlich sinnloser Subventionen sowie der unzinnigen Notlandsausgaben und die Herabsetzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate. Mit der Stabilisierung von Währung und Wirtschaft wird aber auch gleichzeitig die Demokratie stabilisiert, und es ist kein Zweifel, daß die Stabilität und Sicherung der Demokratie die sichersten Mittel zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus sind.

W. Kutz

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat. Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenerweg 379. Telefon 36 38 Postscheckkonto Stuttgart 96019. Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert, Hamburg. Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50, Winterstraße 9-11. Einzelpreis 0,75 DM, Halbjahres-Abonnement 6,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.